Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1914

49 (18.2.1914) 2. Blatt

Visual Library

Nr. 49
2. Blatt.

Badischer Beobachter

Mittwoch
18. Febr. 1914.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.
31. öffentliche Sitzung.
BZK. Karlsruhe, den 17. Februar 1914.

Präsident **Rohrhurst** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 25 Min.

Am Regierungstisch: Minister Freiherr von Bodman und Kommissare.

Im Eingang befinden sich:

Petitionen: 1. des badischen Gastwirteverbandes um Aufhebung der Weinakzise und des Weinohmgelds;

2. der Altpensionäre und Beamten-Hinterbliebenen um rückwirkende Regelung ihrer Bezüge nach den verbesserten Bestimmungen des Gesetzes vom 12. Aug. 1908;

3. des Bundes der Mannheimer Staatsbeamtenvereine um Gewährung eines höheren Wohnungsgeldes oder einer Ortszulage an die Staatsbeamten in der Stadt Mannheim;

4. des Vorstandes des katholischen Lehrervereins um gehaltliche Gleichstellung der etatmäßig angestellten Lehrkräfte mit den gleichzuachtenden mittleren Staatsbeamten;

5. des Vorstandes des katholischen Lehrervereins um Erhöhung der Bezüge der unständigen Lehrkräfte an den Volksschulen;

6. des Verbandes deutscher Privateisenbahnbeamten, die Regelung der Anstellungs- und Dienstverhältnisse der Angestellten der badischen Privatbahnen betr.;

7. des deutschen Verbands und des badischen Landesverbands der Krankenpfleger und -Pflegerinnen um Verbesserung der Lage des badischen Wärterpersonals;

8. des Verbands deutscher Kinderhorte um Bewilligung eines jährlichen Staatsbeitrags;

9. des Otto Kopp in Britzingen um Rechtsauskunft;

10. Erklärung der badischen Gymnasiumsdirektoren zu der Bitte des Zweigvereins für das badische Unterland des allgemeinen deutschen Realschulmännervereins um Durchführung von Reformen im höheren Schulwesen.

Neue Einladung des Oberbürgermeisters der Hauptstadt Mannheim zum Besuche der Stadt Mannheim zwecks Besichtigung städtischer Anlagen.

Der Abg. **Schell** ist infolge eines Unfalles verhindert, den Sitzungen anzuwohnen. Der Präsident wünscht dem Abg. Schell baldige volle Wiederherstellung.

Eingegangen ist ein Antrag der Abg. Dr. Bernauer (Ztr.) u. Genossen betr. die Einreihung von Malsch, Amt Ettlingen, in eine höhere Ortsklasse des Gehaltstarifs.

Gewerbeaufsicht und Durchführung der Reichsversicherungsordnung.

Abg. **Odenwald** (F. V.): Die Erhöhung der Zahl der Aufsichtsbeamten war notwendig; nach dem neuen Budget ist die Zahl von 13 auf 17 erhöht worden. Die Beamten sollen im allgemeinen etatmäßig angestellt sein. Wir billigen die Verständigung mit den Arbeiterorganisationen; erwünscht wäre jedoch auch Fühlung mit den Arbeitgeberorganisationen. Bei den Beamten muß Sachkenntnis vorausgesetzt werden, sonst entstehen unzweckmäßige kostspielige Auflagen. In der letzten Berichtsperiode hat die Gewerbeaufsicht im Bezirk Pforzheim zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gegeben. Das Geschäft litt im letzten Jahr durch die Wirren in Südamerika, durch die Revolution in Mexiko und die Wirren auf dem Balkan. Die Strafen wegen Uebertretung der Arbeitsordnung sind im Schwinden begriffen. Stockinger hat vor zwei Jahren namentlich über die Abortverhältnisse in den Pforzheimer Fabriken geklagt; in dieser Hinsicht ist eine bedeutende Wandlung zum Bessern eingetreten. Redner regt an, die Herstellung gefährlicher Pressen nur mit Schutzvorrichtungen zu gestatten und in den Fabriken Sanitätskolonnen einzuführen. Die Reichsversicherungsordnung hat nur den Mangel, daß sie zu umfangreich ist und deshalb der Laie sich nur schwer darin zurecht findet.

Abg. **Banschbach** (N. V.): Wir werden dem Budget trotz der vorgesehenen Erhöhung zustimmen. Auch wir können es nur begrüßen, wenn durch die Aufsicht die schädlichen Einflüsse von den Arbeitern fern gehalten werden. Die ganze soziale Gesetzgebung ist nur für den Arbeiter geschaffen. Mancher gut bezahlte Arbeiter ist heute besser daran als mancher kleine Handwerksmeister. Man soll an die letzteren nicht dieselben Anforderungen stellen wie an die großen Fabriken. Einem kleinen Schreiner mit zwei Arbeitern wurde die Auflage gemacht, einen Exhaustor einzubauen; ebenso wurde er angehalten, eine Sicherheitswelle in der Hobelmaschine einzubauen. Diese war aber nachher schlechter als die erste Welle. Wirte, die mehr als ein Schwein in der Woche schlachten, sollen denselben Gewerbebestimmungen unterworfen sein wie die Metzger. Die Verordnung, wonach Arbeiter in den kleinen Mühlen nachts nur 8 Stunden beschäftigt werden sollen, sei zu begrüßen; sie trete aber wenig in Kraft, weil die Kleinmühlen wenig nachts arbeiten. Die Vorschrift, daß an den Fahrstühlen eine Fangvorrichtung angebracht werden muß, ist ebenfalls zu begrüßen; wichtiger ist noch, daß das Seil in Ordnung ist. Was Niederbühl über die Kinderarbeit sagte, unterschreibe ich ebenfalls. Wenn ein Landwirt vorübergehend Steine klopfe, so sollten ihm die Kinder helfen dürfen. Die Abortanlagen im neuen Bahnhof hier sind so, daß sie in einem Privatbetrieb weggesprochen würden.

Minister **Frhr. v. Bodmann** dankt für die bekundete Anerkennung für das Gewerbeaufsichtsamt und die Beamten. Im Widerspruch dazu stehe die starke Betonung der Notwendigkeit einer Dezentralisation des Gewerbeaufsichtsamtes. Es wäre fraglich, ob die Wirksamkeit der Gewerbeaufsicht noch so gut wäre, wenn sie nicht mehr unter einheitlicher Leitung stehen würde. Ich bin der Ueberzeugung, daß man es bei der jetzigen Einrichtung belassen solle, wenigstens so lange, als die Behörde nicht einen Umfang angenommen, der eine Detachierung von Beamten notwendig mache. Auch bezüglich der Zahl der Revisionen sollte man es dem Leiter des Aufsichtsamtes überlassen, wie oft und welche Betriebe revidiert werden sollen. Nicht zugeben kann ich, daß wir im Rückstand seien im Vergleich zu anderen Ländern. Ein Betrieb mit 1 000 Arbeitern kann weniger Anforderung an die Aufsicht stellen, als zwei Betriebe mit 500 Arbeitern oder fünf Betriebe mit 200 Arbeitern. Die Zahl der Revisionen ist ganz bedeutend gestiegen; sie hat sich seit 1907 um 153 Prozent gesteigert. Wir werden hierin nur noch übertroffen von Hessen und von Württemberg. Es wird mir bestätigt, daß die Beamten an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Ich stimme daher gerne einer weiteren Vermehrung der Beamten zu; wir dürfen hierin aber, wie der Leiter der Gewerbeaufsicht schon früher betonte, nicht zu rasch vorgehen. Was den Wunsch Reinhardts betrifft, Arbeiter anzustellen, so haben wir bisher schon zu mittleren Beamten Arbeiter genommen, für die höheren Beamten können wir aber die akademisch gebildeten Beamten nicht entbehren. Das Material des Berliner Arbeiterkongresses ist uns bekannt und wird von uns beachtet werden. Der Aufnahme der Lebensmittelpreise und Löhne in den Bericht steht nichts im Wege, ich hoffe, daß wir dann zu demselben Ergebnis kommen, wie Calwer, der sagt, daß die Löhne mehr gestiegen sind, als die Lebensmittelpreise. Wir hoffen, daß wir nach diesem normalen Winter auch wieder ein normales Jahr mit normalem Herbst erhalten. Daß die soziale Gesetzgebung namentlich auch das Jugendgesetz Härten enthält, ist zugegeben, ich meine aber, daß Steinklopfen keine Beschäftigung für Kinder ist. Wir haben deshalb ein Verbot in dieser Hinsicht erlassen. Bezüglich der Hütekinder aus Tirol und Vorarlberg haben wir einen Erlaß ergehen lassen, um Mißständen vorzubeugen, ebenso hat auch das Kultusministerium Schritte getan, um Uebelstände zu beseitigen. Mehr können wir nicht tun; insbesondere können wir kein Verbot der Haltung von Hütekinder erlassen. Im Jahre 1912 waren in Baden 900 polnische Arbeiter beschäftigt und versichert; für sie gelten dieselben Bestimmungen wie früher. Wir haben wiederholt vor der Auswanderung nach Brasilien gewarnt. Die Kosten bei Revisionen des Versicherungsamtes müssen voraus bezahlt werden, sofern es sich um die Beiziehung eines weiteren Arztes handelt. Das Heilverfahren kann für Unheilbare nicht in Betracht kommen; dagegen der Rentenempfang. Es sind 141 unheilbare Rentenempfänger in Anstalten untergebracht. Durch das Zusammenwirken aller Faktoren ist die Sterblichkeit infolge Tuberkulose im Rückgang begriffen. Es ist selbstverständlich, daß in so dringenden Fällen, wie sie Niederbühl angab, das Telefon und der Telegraph bei Gesuchen um Erlaubnis zur Ueberarbeit benützt werden kann. Rösch hat einen Exkurs ins Politische gemacht; er hat den Abg. Buß vom Jahre 1837 zitiert. Diese Worte waren damals Ueberrtreibungen, treffen aber heute nicht mehr zu. Wenn die Arbeiter sich nicht so an der Vertretung im Landtag beteiligen können, so möchte er darauf hinweisen, daß dies mehr in äußeren Umständen als in im Mangel des Rechtes liegt. Von einem Abbau der sozialen Gesetzgebung kann keine Rede sein, höchstens von einem Stillstand, da die Gesetzgebungsmaschine ein wenig verschnaufen muß. Der Staatssekretär hat darauf hingewiesen, daß neue Gesetze eingeführt wurden und daß es jetzt mehr auf die Verwaltung und die Ausführung der Gesetze ankommt. Man darf nicht alles von der Gesetzgebung verlangen. Die soziale Gesetzgebung steht nicht still; ich werde auch in diesem Sinne wirken. Ich habe eine Rundfrage wegen des Geburtenrückganges nicht an die Bezirksämter, sondern an die Bezirksärzte und ihre Assistenten gerichtet, in welcher gefragt wird, ob er auf einen Rückgang der Zeugungsfähigkeit, oder auf freiwillige Ursachen, auf Anwendung von Mitteln zurückzuführen, und welche Bevölkerungsklassen hierbei in Betracht kommen. Es wurde bei diesen Fragen ganz paritätisch verfahren.

Oberregierungsrat **Dr. Bittmann**: Es habe ihn gefreut, auch einmal die Interessen der Arbeitgeber zu vertreten. Er habe sich bemüht, einen Fabrikanten von der Verwendung italienischer Arbeiter abzubringen, aber dabei wenig ausgerichtet. Die italienische Regierung steht vor einem Dilemma, sie glaubt, die Fabrikanten seien in Deutschland an eine ein- bis zweijährige Kündigungsfrist gebunden; das ist aber nicht der Fall, dem steht der § 122 der G.-O. entgegen. Reinhardt wünschte die Aushängung von Lohntafeln in der Hausindustrie. Es ist ihm dabei entgangen, daß die Ausführung dieser Sache mangels einer Verordnung noch nicht möglich ist. Die Belehrung der Heimarbeiter über ihre Versicherungsverhältnisse bei den Revisionen, wi ees Reinhardt wünschte, erfolgt heute schon. Reinhardt hat ferner gewünscht, daß das Gewerbeaufsichtsamt für die Ablösung des Freitrunks der Brauereiarbeiter eintreten möge. Den Bemühungen des Aufsichtsamtes ist es gelungen, dank dem Verständnis von Arbeitgebern, den Freitrunk in 40 Brauereien abzulösen. Nicht beseitigt ist er in 16 Brauereien. Es ist zu wünschen, daß die Bewegung nicht Halt macht. Die von Niederbühl gewünschte Monographie über das Bäckergewerbe liege bereits ausgearbeitet in seinem Pult, es sei eine Arbeit der technischen Assistentin des Aufsichtsamtes. Er werde glücklich sein an dem Tag, an dem sich alle Gewerbetreibenden des Landes den Worten der Anerkennung Niederbühls anschließen. Einen Parteinahme der Gewerbeaufsicht sei ausgeschlossen. Solange man vom Gesetz nicht sagen kann, es sei parteiisch, wird man dies auch nicht von der Gewerbeaufsicht sagen können. Die Mäßigkeitsbestrebungen der Arbeiter werden vom Gewerbeaufsichtsamt in jeder möglichen Weise unterstützt. Wenn man von Mäßigkeit redet, meint man nicht nur die geistigen Getränke, sondern auch den Fleischgenuß. Die Empfehlung von Mäßigkeit im Fleischgenuß und des Genusses von Brot, Erbsen und Linsen findet man oft als soziales Rezept in den teuren Zeiten. Man dürfe aber nicht sagen, daß der Arbeiter mehr für Bier ausgebe als er ausgeben dürfe. Die Fleischabstinentenbewegung hat einen großen Umfang erreicht. Was aber für den einen taugen mag, taugt für den anderen nicht. Ich bin der Ueberzeugung, daß für einen Arbeiter, von dem täglich eine bestimmte nicht sportsmäßige — Leistung verlangt wird, der tägliche Fleischgenuß unumgänglich notwendig ist. Der Anregung Odenwalds betr. die Einführung der Sanitätskolonnen in den Fabriken werden wir Folge leisten. Banschbach möchte er bezüglich des Exhaustors anheimgeben, nähere Angaben zu machen, damit er der Sache nachgehen könne.

Abg. **Hartmann** (Ztr.): Den Worten der Anerkennung für die Beamten der Gewerbeaufsicht und der Versicherungsanstalten könne er sich voll und ganz anschließen; besonders freue ihn das gute Verhältnis zwischen den Aufsichtsbeamten und den Vertretern der christlich-nationalen Arbeiterschaft. Die Arbeitgeber nahmen das Aufsichtsamt mehr in Anspruch als die Arbeiter. Bedauerlich ist es aber, wenn Fälle vorkommen, daß Arbeiter entlassen werden, weil sie sich mündlich oder schriftlich zur Abstellung von Mißständen an das Aufsichtsamt wenden. Sie alle können wohl den Fall, daß in einer Fabrik im Oberlande ein Arbeiter entlassen wurde, weil man ihn im Verdacht hatte, er habe sich an das Gewerbe-Aufsichtsamt gewandt, obwohl dies von ihm nicht geschehen war. Dieser Arbeiter kann nun in keiner Fabrik im Oberland mehr eingestellt werden. Das ist auch Material zum Arbeitswilligenschutz. Redner verbreitet sich weiter über die Materialstrafen und die Lehrverträge in der Zigarrenindustrie. Das Gewerbeaufsichtsamt hat die Zulassung von Lehrverträgen nicht gebilligt, dagegen den Abschluß langfristiger Arbeitsverträge. Die Arbeiterorganisationen stehen auf dem Standpunkt, daß der heutige Zustand unhaltbar ist. Ein Lehrling sollte Garantie haben, daß er auch etwas lernt, er müßte ein Gesellenstück machen, und alles was zum Zigarrengewerbe gehört, erlernen können. Das trifft aber nicht zu. Darum haben die Lehrverträge keinen Sinn, ebensowenig sind die langfristigen Arbeitsverträge nicht berechtigt. Sie haben nur den Zweck, die jungen Arbeiter möglichst lange festzuhalten. Es ist ja zuzugeben, daß diese Arbeiter mehr Material verbrauchen als die alten. Der Standpunkt des Gewerbeaufsichtsamtes, daß Lehrverträge in der Zigarrenindustrie unstatthaft seien, sollte auch hinsichtlich der langfristigen Arbeitsverträge Geltung finden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Tabakindustrie wäre sehr angezeigt; in einer Schrift unserer Heidelberger Stelle ist dargetan, daß die gesundheitlichen Verhältnisse der Tabakarbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit unbedingt notwendig machen. Die Behörde möge ganz besonders den Tabakarbeitern ihre Aufmerksamkeit schenken. Die Folgen der langen Arbeit sind namentlich bei Frauen und Mädchen sehr schlimm. Die dreifache Zahl der Tabakarbeiter verfällt der Tuberkulose, als dies bei anderen Industriearbeitern der Fall ist. Im Jahresbericht heißt es, daß an den schlechten Verhältnissen auch der „lockere Lebenswandel" der Tabakarbeiter schuld sei. Ein solcher Vorwurf sollte auch näher präzisiert werden. Zu bedauern ist, daß nahezu die Hälfte der Kinder der Tabakarbeiter schon im ersten Lebensjahr wieder sterben muß. Nicht nur die Regierung, sondern das ganze Volk hat ein Interesse daran, daß

Das geheimnisvolle Schiff.

Detektiv- und Seeroman von Fr. Viller.

(Nachdruck verboten.)

37) (Fortsetzung.)

Diesmal antwortete eine Stimme, aber ganz schwach; ich glaubte sie als diejenige unseres Kameraden unterscheiden zu können. Die Ruderschläge hörten auf. Der Wind war frisch, und der Kutter glitt schnell durch das Wasser, aber die Augenblicke erschienen uns furchtbar lange.

Endlich waren wir dicht neben der Jolle. Die Gestalt an den Rudern hatte die Mittelbank verlassen und bog sich über das Achterende des Bootes.

„Nicht zu schnell, Henriksen!" Aber Henriksen bedurfte keiner Ermahnung. Seine Hand lag auf der Rederpinne, sein geübtes Auge maß den Abstand.

Wie ein Pferd, das dem Zügel gehorcht und seinen Lauf mäßigt, so glitt der „Fram" sachte auf die Luvseite des kleinen Bootes, so nahe, daß er sich an dessen Seite rieb. Starke Hände griffen zu und hielten es fest.

„Um Gottes willen, meine Herren, vorsichtig — er ist verwundet und kann nicht ins Boot kommen." —

Erst beim Klang dieser Stimme wußten wir, wie es um das Fahrzeug stand. Es war eine Frau, welche Spanisch redete. Sie wandte uns ihr Gesicht zu, und nun erkannten wir die junge Dame vom „Ozean". Sie stand im Hinterraum der Jolle und lehnte sich über das Achterende. Dort hing ein Mann mit dem Körper im Wasser, nur Schultern und Kopf befanden sich in gleicher Höhe mit dem Bootsrand. Die eine Hand klammerte sich krampfhaft an den Rand; der Kopf war hintenüber gebogen und die Augen waren geschlossen. Der Mondschein fiel auf sein totenbleiches Gesicht: es war Holt.

Jetzt erst wurden wir gewahr, daß die Fangleine des Bootes unter den Armen hindurch um seinen Leib geschlungen und an dem Steven der Jolle festgebunden war.

Henriksen hatte seinen Platz auf der Steuerluke verlassen. Er lehnte sich gleich uns über die Reling hinaus.

„Gott bewahre, ist da nicht ein Weib im Boot und der Leutnant hängt außer Boot — tot!"

„Halt einstweilen Dein Maul! Hol lieber einen Ströpp, damit wir ihn fangen und an Bord ziehen können.

Henriksen eilte nach vorn und kam in unglaublich kurzer Zeit mit einem Segeltuchströpp zurück.

„Ist er tot, Signorita?" fragte ich, sobald ich mich von meinem Schrecken erholt hatte.

„Nein, ich glaube nicht. Er sprach noch vor kurzer Zeit. Er antwortete, als Sie riefen und bat mich, das Rudern einzustellen." Sie bog sich wieder über ihn und versuchte ihr Taschentuch um seine linke Schulter zu knüpfen. Das Hemd war aufgerissen und mit Blut befleckt. Der Arm hing schlaff herab.

„Erlauben Sie, daß ich Ihnen an Bord helfe, Fräulein. Nachher holen wir ihn herauf."

„Nein, dein, lassen Sie mich hier bleiben und ihn stützen, während Sie ihn ins Schiff heben!"

„Sie gehört nicht zu jenen Damen, die ohnmächtig werden, wenn sie ihres Verstandes am meisten bedürfen," flüsterte Monk mir zu. „Lasse sie nur in der Jolle bleiben, bis wir Holt herüber befördert haben."

Endlich brachten wir den breiten Segeltuchströpp um den leblosen Körper Holts und hißten ihn vorsichtig wie einen kostbaren Warenballen an Bord. Dann streckten Monk und ich uns über die Reling hinaus und hoben das Mädchen auf das Deck des „Fram". Wir führten sie in die Kajüte, wohin wir auch unseren bewußtlosen Kameraden trugen.

„Er ist nicht tot," sagte Monk; „ein Glas Kognak wird ihn wieder zum Leben bringen. Er hat eine Schußwunde in der Schulter und eine Menge Blut verloren; aber es hat nun aufgehört zu fließen."

Ein paar Sekunden später schlug Holt die Augen auf und die Röte kehrte in seine Wangen zurück.

„Na, wie geht es?"

„Danke, — jetzt geht es besser. Ich glaube, ich wurde ohnmächtig — er führte seine rechte Hand suchend nach der linken Schulter — ja, das ist wahr, einer der Halunken feuerte alle fünf Schüsse seines Revolvers auf uns ab, — aber ist nicht — war nicht — —?"

„Gewiß, sie war im Boot und ist nun hier." Monk zeigte auf das junge Mädchen, welches neben Holts Kopfkissen im Schatten saß. Er versuchte sich zu erheben, aber sie trat hervor und ergriff seine Hand. — —

„Ein großes Boot voller Leute kommt gegen uns," brüllte in diesem Augenblick Henriksen von der Treppe herab.

Holt machte einen neuen Versuch, aufzustehen; ich drückte hin jedoch sanft auf das Sofa nieder.

„Helfen Sie ihm die Wunde verbinden, Fräulein," — ich wies auf den Medizinkasten, den Monk hervorgenommen und geöffnet hatte. Dann stürzten wir auf Deck.

Henriksen hatte recht. Gerade dort, wo der Schatten der Bäume aufhörte und vom Mondschein abgelöst wurde, kam ein Boot zum Vorschein. Es fuhr rasch vorwärts, von sechs bis acht Rudern auf jeder Seite getrieben. Der Wind trug das Geräusch der schnellen Ruderschläge und die Stimmen der Männer zu uns herüber. Sie mochten vier oder fünf Kabellängen von uns entfernt sein.

Henriksen saß schon an der Steuerluke. Er hatte das Ruder aufgeholt und das Großsegel übergelegt. Der Kutter fiel ab und der Wind füllte seine Segel.

„Geh hinab und hol das Gewehr und die Revolver mit der Munition herauf; Henriksen und ich steuern einstweilen den Kutter."

Monk sprang in den Steuerraum zu Henriksen. Ich eilte in die Kajüte. Holt lag, mit halbgeschlossenen Augen und einem verlegenen Lächeln auf dem kräftigen Gesicht, zurückgelehnt auf den Kissen. Neben ihm kniete die junge Dame, eifrig beschäftigt, die verwundete Schulter mit einem Verband zu versehen. Sie hatte ihren Anzug in Ordnung gebracht und das reiche schwarze Haar in einen glänzenden Knoten gebunden. Gott mag wissen, woher sie die Zeit dazu genommen hatte! Sie wandte mir das schöne, kräftige Profil zu. Ihre Stirne war bleich; aber über Wangen und Hals war die lebhafteste Röte verbreitet. Niemand würde geglaubt haben, daß sie noch vor wenigen Minuten für ihr Leben und dasjenige eines andern gekämpft hatte. Ich mußte an Monks Worte über sie denken.

Später vernahmen wir von Holt, wie sich alles zugetragen hatte. Er war unbemerkt unter die große Insel gerudert und östlich von den Schuppen und dem Zelt gelandet. Dort ging er an Land. Ein paar Stunden mußte er am Waldsaum warten, ehe er sich nähern durfte, denn am Ufer verkehrten noch immer Leute. Endlich erschien ihm alles still und er näherte sich dem Zelt. Das junge Mädchen war glücklicherweise noch nicht zur Koje gegangen, und nachdem er wiederholt leise ihren Namen gerufen, hatte sie seine Stimme erkannt. Mit großer Geistesgegenwart hatte sie das Licht gelöscht und war aus dem Zelt getreten. Was sie bewog, so schnell das Anerbieten Holts anzunehmen, ihm an Bord des „Fram" zu folgen und mit uns nach Europa zu fahren, das wird aus meiner späteren Erzählung hervorgehen. Genug — sie holte ein kleines Bündel mit Kleidern aus ihrem Zelt und folgte ihm nach der Jolle.

Aber ob nun Schildwachen ausgestellt waren oder der Zufall jemand von der Bande zur Stelle geführt hatte, gerade als sie das Ufer erreichten, wurden sie angerufen. Holt brachte schnell das Mädchen ins Boot und stemmte die Schulter gegen den Steven, um dasselbe hinauszuschieben. Da stürzte ein Mann hervor und feuerte seinen Revolver gegen ihn ab. Holt fühlte sich getroffen, riß aber eines der Ruder an sich, wandte sich um, sprang auf den Mann los und fällte ihn durch einen tüchtigen Schlag mit dem zähen Eschenholz. Er hatte auch Kraft genug, das Boot hinauszuschieben, aber mit dem gelähmten Arm war es ihm unmöglich, in dasselbe zu steigen. Das junge Mädchen verlor jedoch nicht einen Augenblick die Besinnung. Sie schlang die Fangleine unter seinen Arm durch und begann nun mit dem einen Ruder die Jolle fortzubewegen; das andere hatte Holt fortgeworfen.

Wind und Strömung unterstützten sie, bis wir sie dahertreiben sahen. (Fortsetzung folgt.)

diesen Verhältnissen gesteuert wird. Der Minister hat gesagt, daß die Löhne mehr gestiegen seien als die Lebensmittelpreise. Das trifft aber bei den Tabakarbeitern nicht zu. Wir haben uns um Verbesserung bemüht; unsere Eingaben wurden aber abgelehnt und zwar mit der fadenscheinigen Begründung, daß die Verhältnisse dies nicht gestatten. Der Bericht der Gewerbeaufsicht sagt etwas anderes. Die Unternehmer stehen eben auf dem Standpunkt, daß sie nur der Macht weichen. Wenn man aber die Arbeiter in die Lohnkämpfe hineintreibt, dürfen sie sich auch nicht über den Streik beklagen. Die freien Gewerkschaften, die sozialdemokratisch sind, bezeichnen uns als Streikbrecher, als Arbeitgeberknechte, die „Gelben" stellen uns auf eine Linie mit den Sozialdemokraten; auf Seiten der Evangelischen wird uns der Vorwurf gemacht, wir seien abhängig vom Zentrum, von der katholischen Kirche; auf Seiten der Ueberkatholiken bekämpft man uns, weil wir ihnen nicht katholisch genug sind. In diesen Angriffen liegt für uns die Anerkennung, daß wir auf dem besten Wege sind. Bei der sozialdemokratischen Gewerkschaft ist Gewerkschaft und Partei eins. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben sich der sozialdemokratischen Parteischablone eingeordnet. Sie haben es den Arbeitern unmöglich gemacht, in einer großen Vereinigung ihre Interessen zu vertreten. Nennen Sie mir eine Arbeitgeberorganisation, welche ihre Mitgliederbeiträge für die Zwecke einer Partei verwendet. Wir bedauern die Spaltung in der Arbeiterschaft. Bei der Haltung der Sozialdemokratie ist eine Einigung ausgeschlossen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben sich in die Parteischablone der Sozialdemokratie zwingen lassen Der Minister hat die Gefahr der Sozialdemokratie gezeigt. Den Typus, den Kolb vom Sozialismus zeichnete, gibt es nicht. Kommen Sie uns nicht mit solchen Mätzchen (Präsident **Rohrhurst** rügt diesen Ausdruck). Alle Sozialdemokraten der verschiedensten Richtung berufen sich auf Marx. Darum ist es verkehrt, uns vorzuwerfen, daß wir den Sozialismus nicht kennen. Ich bin der Ueberzeugung, daß der Sozialismus revolutionären Charakter hat; das geht aus Marx und Engels Schriften hervor. Nun zum Arbeiswilligenschutz! Die maßlose Kritik der Sozialdemokratie an allem was Staat und Gesellschaft für die Arbeiter getan, hat dazu geführt, daß weite Kreise, die dem Arbeiter freundlich waren, ins Gegenteil umschlugen und heute den Arbeitswilligenschutz verlangen. Wir sind der Meinung, daß die heutigen Gesetze hier vollkommen genügen. Wir verurteilen jeden Terrorismus, mag er kommen von welcher Seite er will. Auch wir verlangen Arbeitswilligenschutz, auch gegenüber von Arbeitgebern, die das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht anerkennen.

Was nützt dieses Recht, wenn jeder Arbeitgeber es in der Hand hat, dieses Recht illusorisch zu machen. Die Torrorismusfälle unter den Arbeitern müssen unter allen Umständen verurteilt werden. Wir haben dies immer getan; die Sozialdemokratie hat sich noch nicht ganz auf diesen Standpunkt stellen können. Wir sind für den Abschluß von Tarifverträge. Die Sozialdemokratie ist bestrebt, diese Tarifverträge zu monopolisieren. Wenn man von Freiheit spricht, sollte man anderen Arbeiter die Arbeitsmöglichkeit durch Monopolverträge nicht abschneiden. Man untergräbt dort auch den Gedanken der Tarifverträge, er verweise nur auf die Leipziger Volkszeitung, „durch den Abschluß von Tarifverträgen lasse sich keine bürgerliche Gesellschaft zum Abdanken zwingen". Da sollten die Arbeitgeber es ablehnen, mit den sozialdemokratischen Verbänden Monopolverträge abzuschließen, da sie doch nicht Garantie bieten können, daß diese Tarifverträge auch eingehalten werden. Es hat sich in jüngster Zeit ein Kartell der schaffenden Stände gebildet, dabei wurde aber die Arbeiterschaft übergangen. Man könne doch nicht behaupten, daß unsere Volkswirtschaft, unser Gewerbe und unsere Industrie durch die sozialen Lasten der Versicherung dem Ruin entgegen geführt worden seien. Trotz dieser Lasten hat sich unsere deutsche Industrie gerade in den zwei letzten Jahren großartig entwickelt. Wer ist es, wer unseren Kleingewerbetreibenden zu einem Fortkommen verhilft? Das sind die Arbeiter. Sind es die Arbeiterfrauen, die den Kaufhäusern nachlaufen? Nein, es sind ganz andere Kreise. Wenn die Arbeiter guten Verdienst haben, haben den Nutzen davon die Handwerker und Kleingewerbetreibenden und die Landwirte. Es gibt auch Auswüchse unter den Arbeitern, z. B. Simulation um eine Rente zu bekommen. Solche Auswüchse und Ausnahmen gibt es auch in anderen Ständen. Er verweise nur auf den Erfolg des Generalpardons. Wenn es möglich sein soll, daß von der deutschen Arbeiterschaft revolutionäre Ideen ferngehalten werden, kann es nicht dadurch geschehen, daß die Sozialdemokratie sich zu einer radikalen bürgerlichen Partei entwickelt. Ich halte es nicht für gut, wenn sich Berufsparteien bilden würden. Ein Idealzustand wäre dies nicht. Sollten die Verhältnisse besser werden, so ist eine Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung notwendig. Redner zitiert einen Ausspruch des Industriellen Naumann: Wenn eine Ueberwindung der Sozialdemokratie möglich sein soll, so kann dies nur geschehen durch eine Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Dr. Gerber** (natl.): Die Sanitätskolonnen haben Helfer aus den Fabriken bereits organisiert. In Karlsruhe und Mannheim haben sich diese Helferabteilungen bereits gut bewährt. Er wolle noch einige Bemerkungen zur Reichsversicherungsordnung und dem Verhältnis zwischen Aerzten und Krankenkassen machen. Seit Jahren haben sich die Aerztetage mit der Regelung des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Aerzten befaßt und dafür besondere Richtlinien aufgestellt. Die Reichsversicherungsordnung hat von all diesen Forderungen nicht eine erfüllt. Es kann nicht geleugnet werden, daß der Aerztestand durch Ueberfüllung des Berufs seit Jahren schwer zu kämpfen hat; in den Großstädten gibt es Aerzte, die nicht das verdienen, was sie zum Leben brauchen. Da ist die freie Aerztewahl notwendig. Im Interesse der Krankenkassen und Aerzte ist an der Jahreswende eine friedl. Einigung auf 10 Jahre erreicht worden. Ein Kampf hätte gewaltige Wunden geschlagen. Eine friedliche Zusammenarbeit wäre kaum mehr möglich gewesen. Im Gegensatz zum Norden haben die Regierungen im Süden, insbesondere in Baden, an der Einigung mitgearbeitet. Bei uns ist es deshalb schon wesentlich früher zu einer Einigung gekommen.

Hier wird um 12 Uhr 40 Min. abgebrochen.

Eingegangen ist noch ein Antrag des Zentrums, betr. die Entlohnung der Grundbuchhilfsbeamten.

Nächste Sitzung morgen vormittag ¼10 Uhr.

Fortsetzung und Landesstatistik und Gewerbeförderung.

*

)!(**Karlsruhe**, 16. Febr. Der Zweiten Kammer sind heute verschiedene **Druckberichte** zugegangen, so der Bericht der Budgetkommission über den **Gesetzentwurf betreffend die Gehaltsordnung**. Der Bericht ist erstattet von dem Abg. **Kopf** (Ztr). Der Gesetzentwurf enthält nur einen einzigen Artikel des Inhalts, daß im § 48 der Gehaltsordnung vom 12. August 1908 im letzten Satze die Zeitangabe „bis Ende 1913" geändert werden soll in „bis Ende 1917". Der Antrag der Kommission geht dahin, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu erteilen. Weiter liegt vor der Bericht der Budgetkommission über die Position aus dem Voranschlag des Gr. Ministeriums des Gr. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen betreffend **Strafanstalten**. Der Bericht ist erstattet von dem Abg. **Hartmann** (Ztr.). Die Budgetkommission stellt den Antrag, die Zweite Kammer wolle die Ausgaben und Einnahmen für die Jahre 1914 und 1915 genehmigen. Zu Beanstandungen hat die Kommission einen Anstand nicht gefunden. Aus dem Bericht der Kommission ist ersichtlich, daß die Baukosten für den zu erbauenden 4. Flügel des Mannheimer Landesgefängnisses 330 000 Mark betragen werden. Infolge einer in Mannheim eingetretenen Lohnerhöhung und Steigerung der Materialpreise ist es nicht möglich, den Gefängnisflügel mit der für den zuletzt erstellten Zellenflügel des Landesgefängnisses Mannheim aufgewendeten Bausumme von 300 000 Mark auszuführen. Um eine Ueberschreitung vorzubeugen, ist die Bausumme mit 330 000 Mark vorgesehen.

Die Förderung der Landwirtschaft.

::: **Karlsruhe**, 16. Febr. Soeben ist in der Zweiten Kammer der von dem Abg. **Weißhaupt** (Ztr.) erstattete Bericht der **Budgetkommission** über den Nachtrag 1 zum Voranschlag des Gr. Ministeriums des Innern betr. Förderung der Landwirtschaft erschienen. Der Bericht umfaßt sodann auch die vorliegenden Anträge zur Linderung der Notlage der Rebbau treibenden Bevölkerung, der Viehbesitzer (Maul- und Klauenseuche und Tuberkulose) sowie der ländlichen Bevölkerung überhaupt (Elementarschäden). Die Kommission beantragt die angeforderten Mittel im Gesamtbetrag von 200 000 Mark zu genehmigen. Weiter beantragt die Kommission die Anträge der Abgg. Kolb (Soz.) und Gen. betr. die Notlage der Rebbauern, der Abgg. Dietrich (natl.) und Gen. betr. die Notlage der Rebbauern, der Abgg. Göhring (natl.) und Gen. betr. den Vollzug des Weinsteuergesetzes und den Antrag Müller-Eppingen (R. V.) und Gen. betr. die Bildung eines Landeshilfsfonds gegen Elementarschäden für erledigt zu erklären.

Einstimmig beantragt die Kommission die Annahme des Antrags der Abgg. Koger (natl.) u. Gen. über die Herstellung von Haustrunk. Zu dem Antrag der Abgg. Dr. Wagner (natl.) und Gen. betr. die Linderung der durch die Maul- und Klauenseuche entstandenen Schäden hat das Ministerium des Innern eine eingehende Erklärung in dem Druckbericht erstattet. Aus den Darlegungen geht hervor, daß es aus veterinärpolizeilichen und versicherungstechnischen Gründen nicht ratsam ist, die Lösung der Frage der Entschädigung für Verluste durch Maul- und Klauenseuche auf dem Wege der Schaffung eines Sondergesetzes im Anschluß an das Viehseuchengesetz zu suchen. Der richtige Weg dazu ist vielmehr der einer allgemeinen **Zwangsversicherung** in dem Sinne, daß nicht erst die Feststellung einer bestimmten Krankheit, hier die Maul- und Klauenseuche, für die Entschädigungsleistung verlangt wird, sondern diese dann allgemein eintritt, wenn Tiere umstehen, oder wegen Erkrankung, gleichgültig welcher Art, oder Verletzung, der Notschlachtung verfallen. Auf dieser Entschädigungsgrundlage beruht das badische Viehversicherungsgesetz. Bedauerlich ist allerdings, so führt das Ministerium aus, daß von dieser Einrichtung bis jetzt nicht mehr Gebrauch gemacht worden ist. Darum kann vom wirtschaftlichen und technischen Standpunkt nur die Umwandlung des geltenden Viehversicherungsgesetzes in eine allgemeine Zwangsversicherung empfohlen werden. Der Antrag der Abgg. Dr. Wagner und Gen. wurde in der Kommission für erledigt erklärt. Ebenso der Antrag des Abgg. Dr. **Zehnter** (Ztr.) und Gen. betr. die Linderung der durch die Maul- und Klauenseuche entstandenen Schäden. Auch hierzu liegt eine Regierungserklärung vor, die jedoch abschläglichen Bescheid giebt, unter dem Hinweis darauf, daß die Kosten nur gering seien.

Auch der Antrag der Abgg. Schöpfle (R. V.) und Gen. über die Ausführungsbestimmungen des Viehseuchengesetzes hat die Kommission für erledigt erklärt. Hierzu liegt ebenfalls eine Darstellung des Ministeriums des Innern über Handhabungen des Viehseuchengesetzes vor. — Schließlich sei noch bemerkt, daß anläßlich der Beratung dieser Anträge auch die einschlägige **Interpellation** der Abgg. Frhr. von Gleichenstein (Ztr.) und Gen. **zurückgezogen** wurde. Der Antrag der Abgg. Venedey (F. V.) und Gen. über die Notlage der Rebbauern fand in der Kommission dahingehende Erledigung, daß die Ziffer 1 des Antrags über die Aufhebung der Wein-Akzise abgelehnt wurde, die Ziffer 2 über Gewährung von Staatsbeihilfen an Rebbauern durch den Nachtrag zum Staatsvoranschlag erledigt erklärt wurde.

Autokratische Handelsverträge.

Unsere Zeit der politischen Hochgärung erzeugt sonderbare Vorschläge. Um die Kommandogewalt zittern Militärs, indem sie alle Rechte des Reichstages beschneiden wollen. Jetzt kommt ein noch groteskerer Vorschlag: der Reichstag soll in der Frage der Handelsverträge nichts mehr zu sagen haben: der Kaiser allein soll solche abschließen dürfen. Nicht in den Hundstagen, sondern im Februar 1914 ist ein solcher Vorschlag gemacht worden und gar von einer Seite, die man ernst nehmen muß. Am 10. Februar hat der Deutsche Landwirtschaftsrat über das Verhalten der Reichsregierung zu dem bevorstehenden Ablauf der Handelsverträge verhandelt, und Graf Schwerin-Löwitz hat dabei einen höchst merkwürdigen Vorschlag in die Debatte geworfen, der nicht nur wegen der Person seines Urhebers — Graf Schwerin ist Präsident des Abgeordnetenhauses und nebenbei auch Präsident des Landwirtschaftsrats, dabei keiner der extremsten Agrarier — besondere Beachtung verdient, sondern auch seiner sachlichen Bedeutung wegen; er führte aus: „Ich schlage vor, daß die Verhandlungen unserer Unterhändler gefördert werden durch einen teilweisen Verzicht des Reichstages auf das ihm durch Art. II der Reichsverfassung gewährte Recht der Mitgenehmigung von Handelsverträgen. Ich denke mir die Sache so, daß der Reichstag dem Bundesrat die Befugnis erteilen soll, ohne Zustimmung des Reichstages anderen Staaten für eine Vergünstigung als Gegenleistung unsererseits die Tarifsätze unserer Handelsverträge und die Meistbegünstigung zuzusagen, vielleicht gegen ein vorbehaltenes Kündigungsrecht des Reichstages an dem neu abgeschlossenen Vertrage mit einjähriger Kündigung". Ein ganz unmöglicher Vorschlag, der ein wesentliches Recht des Reichstages aufhebt. Zurzeit liegt die Sache so, daß der Reichstag mitbestimmen muß, aber auch die Regierung hat das Recht der Mitbestimmung; das ihre ist und bleibt unbestritten. Ein Vertrag, den sie nicht mit der fremden Regierung vereinbart hat, kommt nicht zur Abstimmung an den Reichstag. Insofern überträgt ihr der Antrag Schwerin nichts, was sie nicht bereits besitzt. Auch heuer hat sie schon zu entscheiden, ob sie dem agrarischen oder dem industriellen Interessen den Vorzug gewähren will. Und die Agrarier verlassen sich dabei fest auf sie, denn sonst würden sie sich wohl hüten, der Regierung eine solche Macht zu übertragen. Ja, ist es sicher, daß sie es tun? Vielleicht erinnern sie sich, daß sowohl 1892 wie 1905 die Regierung doch weit weniger agrarisch war, als sie es verlangten. 1892 stimmte ein großer Teil von ihnen gegen die Verträge, 1902 wollten sie viel höhere Zölle als die Regierung. Wenn sie jetzt ihr wirklich die uneingeschränkte Machtvollkommenheit gewähren, so müssen sie wohl vorher Gewißheit haben über das, was die Regierung eventuell tun wird. Aber der Reichstag lehnt es ab, seine Rechte in die Hände der Regierung zu legen; es wäre dies ein Verrat am Volke und eine Schwächung der Position unserer Unterhändler. Wenn letztere allein entscheiden, werden sie stets nachgeben; wenn sie wissen, daß der Reichstag dahinter steht, haben sie eine Rückenstärkung. In Rußland geht man jetzt den Kurs der Reaktion mit Riesenschritten bis zur Revolution, aber das ist doch kein Grund, daß man nun in Deutschland denselben Weg wandeln muß. Der Reichstag hält an seinem Rechte geschlossen fest.

Deutschland.

Berlin, 18. Februar 1914.

Richter und Rechtsprechung.

Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten. Stimmt dieser Satz für unsere Zeit speziell bezüglich der Rechtsprechung noch? Wir antworten mit einem bestimmten Ja. Dabei wissen wir ganz genau, daß auch ein Gericht einmal irren kann. Wir können aber nicht stillschweigend dulden, daß durch eine gewisse Hetzpresse immer mehr Mißtrauen zwischen Volk und Richtern gesät und eine bestimmte Entfremdung herbeigeführt wird, beiden Teilen zum Schaden. Man redet und schreibt heutzutage soviel von Klassenjustiz und Parteijustiz, sowie von der Weltfremdheit und Rückständigkeit unserer Richter. Der Richterstand soll kein Verständnis haben für die sozialen Anforderungen unserer Zeit, soll den wirtschaftlichen Bestrebungen einzelner Berufsstände völlig verständnislos gegenüberstehen, soll mit dem Volke nicht mehr fühlen und denken können. das hänge von seiner Herkunft und seinem ganzen Bildungsgange ab. So und ähnlich lauten die Klagen und Vorwürfe. Sie sind aber für unsere Zeit weniger berechtigt als früher. Der Richter von heute steht durch seinen Beruf mitten im Volksleben drinnen, weit mehr als früher. Es ist nicht wahr, daß die Richter nur aus den besser situierten bürgerlichen Kreisen hervorgehen. Wer unseren Richterstand auch nur einigermaßen kennt, weiß, wie viele seiner Mitglieder aus den Kreisen des werktätigen Volkes stammen: Kleine Beamte, Handwerker, Bauern, ja selbst Arbeiter lassen heutzutage ihre Söhne studieren, und schon mancher, der ganz von unten herauf kam, hat es im Richterstande zu einer sehr geachteten Stellung gebracht. Auch darf man nicht übersehen, daß die Studenten unserer Zeit in ganz erfreulicher Weise alle möglichen sozialen Zeitschriften und sonstige sozial-wirtschaftliche Literatur halten und lesen. Sodann führt die umfangreiche Tätigkeit des Richters ihn mitten ins praktische Leben hinein. Das Vormundschaftswesen, die Zivil- und Strafprozesse, die zahlreichen Sammlungen richterlicher Erkenntnisse lassen ihn einen außerordentlich tiefen Einblick in unser ganzes Volksleben tun. Die Fälle, die alljährlich unsere Gerichte beschäftigen, zählen nach Millionen. Von den guten und durchaus gerechten Urteilen berichtet man selten. Wenn aber einmal ein vermeintlicher oder tatsächlicher Fehlspruch vorkommt, dann wird er nach Jahren und Jahrzehnten immer wieder hervorgeholt, um zu beweisen, daß es doch eine Partei- und Klassenjustiz gebe. Das Ausland hält besonders auf den deutschen Richterstand sehr viel; es weiß, daß er nicht bestechlich ist, und ebenso frei nach unten wie nach oben dasteht. Es wäre nur zu wünschen, daß auch bei uns die breitesten Massen des Volkes dieses Vertrauen des Auslandes zum deutschen Richterstande teilen möchten.

Unsere Berufs- und Laienrichter sind durchweg Männer mit guter Lebenserfahrung, die ein offenes Auge für die Dinge der Umwelt haben und sich in das Fühlen und Denken der Rechtsuchenden hineinzuarbeiten wissen. Den Berufsrichtern steht eine umfassende und gediegene Bildung zur Seite, sodaß sie durchaus in der Lage sind, die oft dunklen Zusammenhänge unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zu verstehen und zu entwirren. Freilich gibt es auch Fragen, in denen der Richter nicht sachkundig sein kann, besonders wenn es sich um gewerbliche Streitigkeiten handelt. Hier ist die Beiziehung von Sachverständigen oft unerläßlich. Am leichtesten wird der Vorwurf der Parteilichkeit bei politischen bezw. Preßprozessen erhoben. Es ist verständlich, daß hier das Subjektive unter Umständen unbewußt eine Rolle spielt. Fälle, daß das Subjektive **bewußt** sich geltend macht, mögen vorkommen; dann sind es aber seltene Ausnahmen. Notwendig aber ist, daß die Bevölkerung selbst ernsthaft an ihrer eigenen Aufklärung mitarbeitet. Dann wird die Zeit nicht fern sein, in der Richter und Volk sich besser verstehen. Die staatsbürgerliche Schulung unseres Volkes muß daher das Werk aller Gutgesinnten sein. Wo eine solche vorhanden ist, wird man Recht als Recht anerkennen und es wird der Gedanke im Volke wieder festern Fuß fassen, daß der Starke und der Schwache gleich behandelt werden und daß die Richter unparteiisch und pflichtbewußt ihres schweren und verantwortungsreichen Amtes zu walten bestrebt sind. Möge darum an die Stelle des da und dort eingeschlichenen Mißtrauens wieder volles Vertrauen treten und nie blinder Parteifanatismus das Bewußtsein des Volkes erschüttern, daß der Staat und seine berufenen Richter gewillt sind, das Recht eines jeden Bedrängten zu schützen!

Neuregelung des Konzessions- und Ueberwachungswesens in Wirtschaften und Vergnügungsstätten.

Die wiederholt schon angekündigte reichsgesetzliche Regelung des Konzessions- und Ueberwachungswesens in **Gast- und Schankwirtschaften und Vergnügungsstätten** niedrigeren Ranges ist nunmehr in einem Gesetzentwurf durchgeführt, der bereits die Zustimmung des Bundesrats erhalten hat und demnächst dem Reichstag zugehen wird. Ueber den **Inhalt** der Vorlage verlautet:

Die Konzessionierung **neuer Schankwirtschaften**, auch derer, die alkoholfreie Getränke abgeben, soll allgemein von dem Nachweis eines wirklich vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht werden. Während seither die Landesregierungen und Gemeinden durch Gesetze und Ortsstatut diesen Nachweis schon fordern **konnten**, sollen sie ihn in Zukunft allgemein fordern **müssen**. Gleichzeitig werden auch erhöhte Anforderungen auf die Zuverlässigkeit derjenigen Personen gestellt, die die Erlaubnis zum Gewerbebetrieb nachsuchen. Schon der durch vorliegende Tatsachen hervorgerufene Verdacht mangelnder Zuverlässigkeit soll in Zukunft zur Konzessionsverweigerung genügen. Die Einstellung von **Kellnerinnen** soll nicht glatt verboten werden, weil viele solide Wirte und anständige Erwerbstätige weiblichen Geschlechts unverdient schwer von solchem Verbot betroffen würden und weil in den verschiedenen Gegenden des Reichs der Unterschied in der Stellung des weiblichen Personals tatsächlich ein großer ist. Wohl aber wird den Einzelstaaten der Erlaß einschränkender Vorschriften über die Zulassung, Beschäftigung und Entlohnung der weiblichen Gastwirtsangestellten anheim gegeben, um offene Mißstände auf diesem Gebiet beseitigen zu können. In den Kreis der zu überwachenden Schankbetriebe sollen neben den Vergnügungsstätten niederen Rangs, bei denen der Kneipenbetrieb und Alkoholkonsum an erster Stelle steht, auch die **Kinematographentheater** einbezogen werden. Nach seitheriger Rechtsprechung unterstanden die „Kientöppe" der Gewerbeordnung nicht, da sie weder Schaustellungen von Personen, noch theatralische Vorstellungen veranstalten. Die neue Reglementierung wird bei der pilzartigen Vermehrung dieser Vergnügungsstätten allgemein als ein Segen auch von den seitherigen soliden Inhabern begrüßt werden. Schärfer soll auch gegen die lärmenden **Musikautomaten** zahlreicher Kneipen vorgegangen werden, die oft die Nachbarschaft zur Verzweiflung treiben. Die sog. „kleine Musik" wird auch in Zukunft konzessionsfrei bleiben; die Orchestermusik und die Automatenkonzerte aber können in Zukunft verboten werden, und zwar nicht nur in Gast- und Schankwirtschaften, sondern auch „an anderen öffentlichen Orten", wo sie Anstoß erregen. Auch die lärmvollen **Rummel- und Jux**plätze werden nach dem Gesetzentwurf besonderen Beschränkungen unterworfen werden können, denen sie seither zum Entsetzen der Anwohner nicht unterstellt werden konnten. Ebenso kann schärfer gegen Musikaufführungen „von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen" vorgegangen werden, die sich in den größeren Städten ebenfalls schon lange zu einer Plage der Menschheit herausgebildet haben.

Die Fleischversorgung Deutschlands aus Südwestafrika.

Deutsch-Südwest ist das einzige Schutzgebiet Deutschlands, das in der gemäßigten Zone gelegen ist und daher eine Möglichkeit bietet, die heimische Nahrungsmittelerzeugung zu ergänzen. Eine Ausfuhr von Getreide wird die Kolonie freilich nie erzielen, aber die Hoffnung richtet sich auf die Entwickelung der Viehzucht, die das Mutterland in der Fleischversorgung unterstützen könnte. Dr. J. Neumann hat im Tropenpflanzer die Frage erörtert, in welchem Grade diese Erwartung berechtigt sein dürfte. Er geht bei der Untersuchung von zwei gesonderten Fragen aus, ob nämlich einerseits die Erzeugung von Schlachtvieh in Südwestafrika über den örtlichen Verbrauch hinaus wesentlich gesteigert werden kann, und ob ferner der Absatz bis nach Deutschland hin lohnend wäre. Der Viehbestand Südwestafrikas hat eine bedeutende Zunahme erfahren. Er ist im letzten Jahrzehnt für das Rindvieh gestiegen von rund 90 000 auf 172 000 Stück, für das Kleinvieh von 187 000 auf 486 000 Schafe und von 160 000 auf 469 000 Ziegen. Die Schweinezucht steht noch sehr zurück, denn im Jahre 1912 waren erst etwa 7 200 Stück vorhanden. Die Vermehrung der Rinder hat bisher jährlich etwa 19 v. H. betragen und würde danach im Jahr 1918 die Ziffer von einer halben Million erreicht haben. Auch das wäre noch ziemlich wenig, namentlich mit Rücksicht auf die Größe des Gebietes, würde aber eine Ausfuhr von Schlachtvieh bereits gestatten. Die Kleinviehzucht zielt besonders auf die Erzeugung guter Wolle ab, hat aber in dieser Richtung noch nicht viel erreicht, indem die Fleischschafe die Wollschafe fast um die zehnfache Zahl übertreffen. Die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse ist auch für die Viehzucht Südwestafrikas die wichtigste Vorbedingung, deren Erfüllung ihren guten Einfluß bereits erwiesen hat. Wie sich dabei auch der inländische Fleischverbrauch vermehren wird, läßt sich noch nicht berechnen, und deshalb ist es auch unmöglich, zuverlässige Angaben über die Ausfuhrmöglichkeit schon jetzt zu gewinnen. Heute wird noch das meiste Schlachtvieh im Lande selbst verbraucht, und sehr große Fleischmengen werden auch in den nächsten Jahren für die Ausfuhr noch nicht verfügbar sein. So kommt Dr. Neumann zu dem Schluß, daß fürs erste Südwestafrika einen beträchtlichen Anteil an der Fleischversorgung des Mutterlandes nicht hat.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausland.

Frankreich.

Paris, 17. Febr. Kriegsminister Noulens hat in der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung der Cadres und der Mannschaftsbestände der verschiedenen Waffengattungen vorgelegt. Demnach werden zwei neue Regimenter der berittenen Chasseurs d'Afrique und andere errichtet und in allen Kavallerie-Regientern des Mutterlandes die Zahl der Mannschaften auf je 740 Reiter und die Zahl der Pferde auf 770 erhöht werden. Diese Maßnahmen, so führt der Motivenbericht aus, werden es gestatten, die Kavallerie in einigen Stunden und ausschließlich auf Grund ihrer eigenen Hilfsmittel zu mobilisieren. Ferner soll die Artillerie der zehn Kavalleriedivisionen auf je drei Batterien erhöht werden, was die Errichtung von 14 berittenen Batterien zur Folge haben werde. Weiter sollen fünf Regimenter schwerer Artillerie errichtet werden. Den Artillerie-Regimentern werde überdies eine gewisse Anzahl von Automobilen zugeteilt werden, welche zur Beschießung der Luftschiffe und der Flugzeuge ausgerüstet werden sollen. Was die Infanterie anlangt, so sollen u. a. zwei neue Zuaven-Regimenter errichtet werden.

England.

London, 17. Febr. Die Hamburger Nachrichten brachten in einem Leitartikel am Samstag, den 14. Februar, eine Rede des Ministers Smuths, der Ende vorigen Jahres in Pretoria angeblich gesagt habe: Sicher ist der Tag nicht fern, wo zum größten Teil, ja vielleicht gänzlich alles Land in Südafrika südlich vom Aequator sich in der Union von Südafrika befinden werde. Das Reutersche Bureau ist von Kapstadt aus ermächtigt, zu erklären, daß diese Nachricht und die von den Hamburger Nachrichten daran geknüpften Kommentare auf einem unvollständigen Bericht beruhen. Minister Smuths habe sich nur auf Britisch-Afrika südlich des Aequators und nicht auf die deutschen und portugiesischen Besitzungen an der West- und Ostküste bezogen.

Allbritische Reichstelegraphie. Im letzten Heft der Quarterly Review erörtert Charles Bright die Frage eines weltumspannenden Telegraphenverkehrs, der ausschließlich unter britischer Aufsicht stehen soll. Der Fachmann ist schon früh für eine Staatsaufsicht über die drahtlose Telegraphie eingetreten und betont auch jetzt deren Vorzüge gegenüber der Kabeltelegraphie. Nach seinem Vorschlag würde es sich also darum handeln, eine Verbindung zwischen sämtlichen Besitzungen des britischen Weltreiches um die ganze Erde so herzustellen, daß die Meere nicht durch die Kabel, sondern durch die drahtlose Telegraphie überbrückt werden. Nach seinem Plan soll die Blacksod Bay am Nordende von Westirland als Ausgangspunkt für die Allbritische Telegraphie dienen, als Gegenpunkt Halifax auf Neuschottland, also in Kanada, mit einer Zwischenstation am Cape Bauld auf Neu-Fundland. Von hier soll auch ein Zweizkabel durch den St. Lorenz-Golf bis Montreal führen. Die Kosten dieser Telegraphenlinie allein sind auf 10 Millionen Mark veranschlagt worden und sollten nach der Meinung von Charles Bright vom ganzen britischen Reich getragen werden. Die Kabel wären daneben aber auch nicht zu vernachlässigen, und Bright bezeichnet es als einen großen Uebelstand, daß alle atlantischen Kabel in fremden Händen liegen bis auf das eine „kaiserliche", das kürzlich verlegt worden ist. Auch hier wird der Ausbau eines Kabelnetzes zwischen dem Mutterland und allen Außenbesitzungen befürwortet, insbesondere wird die britische Bedeutung eines staatlichen Kabelnetzes im Fall internationaler Streitigkeiten betont. Trotz seiner Liebhaberei für die drahtlose Telegraphie verkennt auch Bright nicht die Vorzüge eines Kabels durch seine größere Verschwiegenheit und durch seine verhältnismäßig große Wortgeschwindigkeit, die durch die seltene Notwendigkeit einer Wiederholung bedingt ist. Auch die Zuverlässigkeit des Kabels erscheint dadurch größer, daß es unabhängig von atmosphärischen Störungen ist, die wenigstens bisher noch eine Quelle großer und unvermeidlicher Unzuträglichkeiten im funkentelegraphischen Verkehr sind.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

Berlin, 17. Febr. Unter ungeheurem Andrange des Publikums wurde die Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch eröffnet. Im Zirkus Schumann tagte gleichfalls eine stark besuchte Versammlung des Bundes. Landtagsabgeordneter Rösicke, der Vorsitzende des Bundes, eröffnete die Versammlung mit einer Rede, in der er darauf hinwies, daß im Vorjahre eine Rekordernte war. Infolgedessen seien die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zurückgegangen. Der liberale Blätterwald zetere nur, wenn die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in die Höhe gingen, wenn sie aber heruntergingen, so schweige sich die liberale Presse aus. Der Reichstag stehe vor der Erneuerung der Handelsverträge. Man habe zu dem Reichstage nicht das Vertrauen, daß er namentlich die landwirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes voll wahre. Die Demokraten und die Sozialdemokraten hatten die Frechheit, die Disziplin des deutschen Heeres zu erschüttern. Ein Mann wies in nüchterner und energischer Weise die Angriffe zurück, dies war Oberst von Reuter. (Stürmischer Beifall.) Und weiter erfrechten sich die Sozialdemokraten, die Liebe des deutschen Volkes zu dem angestammten Kaiserhaus und seinen Bundesfürsten zu untergraben und in die Kommandogewalt des Kaisers einzugreifen. Er gebe sich der sicheren Hoffnung hin, daß der gute patriotische Teil des deutschen Volkes diese Angriffe abwehren und sich um den Kaiser und die Bundesfürsten scharen werde, um das Vaterland gegen den äußeren und inneren Feind zu verteidigen. Der Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser und die deutschen Bundesfürsten und Freien Städte.

Der Direktor des Bundes der Landwirte, Landtagsabgeordneter Hohn, teilte mit, daß die Zahl der Bundesmitglieder seither sehr gestiegen sei. Die Gesamtumstände hätten es erforderlich erscheinen lassen, den Jahresbeitrag des Bundes um zwei Drittel des Berages zu erhöhen unter Schonung der kleinen Besitzer.

Diederich Hahn betonte noch, der Bund der Landwirte könne sehr wohl mit den Nationalliberalen zusammengehen, deren Programm die Wahrung der Autorität, Schutz der Arbeitswilligen und Erhaltung der bewährten Handelspolitik sei. Auch das Zentrum würde gut tun, wenn es nicht mit der Linken, noch weniger mit den Sozialdemokraten zusammengehe, sondern die Politik der Agrarier unterstütze. Die bürgerlichen Parteien würden sehr bald einsehen, daß, wenn sie der ihnen fremden Demokratie die Hand reichten, sie sehr bald aufgespeist würden. Der Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf das deutsche Vaterland, worauf die Versammelten „Deutschland, Deutschland über alles" sangen. v. Oldenburg-Januschau wandte sich besonders gegen den liberalen Bölowblock, der vollständig Fiasko gemacht habe. Die Rechte sei dadurch unter den Schlitten gekommen, müsse sich aber wieder aufraffen. Die bürgerlichen Parteien dürften sich nicht von der ihnen fremden Demokratie umgarnen lassen. Die Kabinettsorder von 1820 sei Sache des preußischen Königs und gehöre nicht in den Reichstag. Es sei gleichgültig, ob die Grenzpfähle in Deutschland schwarz-weiß oder grün-weiß sind, es sei die Hauptsache, daß, wenn der erste Kanonenschuß losgehe, die schwarz-weiß-rote Flagge im ganzen Reiche aufgepflanzt sei. Nach längerer Erörterung gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher es am Schlusse heißt: Die Vorgänge in Zabern, die Versuche, die Kommandogewalt des Kaisers und der Bundesfürsten abzugrenzen und den Parlamentarismus zu stärken, sowie das Uebergreifen des Reiches auf die Steuerpolitik der Einzelstaaten, sind Merkzeichen einer neuerdings eingetretenen demokratischen Entwicklung. Der Bund der Landwirte spricht die feste Entschlossenheit aus, dieser für die Monarchie, das Reich und das gesamte Volk gleich unheilvollen Entwicklung mit aller Kraft und Entschiedenheit zu seinem Teile entgegenzuwirken. Hierauf wurde die Generalversammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Bund der Landwirte geschlossen.

In der zweiten Versammlung im Zirkus Schumann führte Bundesvorsitzender Rittergutsbesitzer Freiherr v. Wangenheim (Klein-Spiegel) den Vorsitz und hielt die Eröffnungsrede, während das Sachreferat über die politische Lage Reichstagsabgeordneter Dr. Oertel (Berlin) erstattete. Hier beteiligten sich an der Diskussion der stellvertretende Bundesvorsitzende Rittergutsbesitzer aus dem Winkel (Logau), der Vorsitzende des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes für Rheinland-Westfalen Kükelhaus (Essen) und der General der Kavallerie z. D. v. Vietinghoff (Bütow).

Der von der Bundesleitung erstattete Geschäftsbericht für das Jahr 1913 bespricht u. a. das Ergebnis der Wahlen im Reichstag und den Einzellandtagen, soweit sich der Bund der Landwirte an ihnen beteiligt hat. Den siegreichen Ausgang der Reichstagsnachwahlen in Ost- und West-Sternberg sowie in Ragnit-Pillkallen begrüßt der Bericht mit Genugtuung, während er den Ausgang der Wahlen in Salzwedel-Gardelegen, Waldeck-Pyrmont und Jüterbog-Luckenwalde tief bedauert. Der Verlust dieser Wahlkreise sei aber lediglich wiederum die Folge davon gewesen, daß in den Stichwahlen der Liberalismus und die Sozialdemokratie sich gegenseitig Wahlhilfe leisteten.

Zur Lehramts-praktikantenfrage.

Die Budgetkommission beschäftigte sich vor wenigen Tagen mit den „höheren Schulen" und hierbei insbesondere mit den geradezu trostlosen Verhältnissen für die Anstellung der Praktikanten. Der Minister behauptete, daß die Lehramtspraktikanten heute mit 10 Jahren nach dem Abitur etatmäßig würden und damit allen akademischen Berufen voraus seien, denn die Juristen würden beispielsweise erst nach 14 bis 15 Jahren etatmäßig. Dieses „heute" stimmt nicht, es galt vor einem Jahre. Heute sind es bereits 11 und 12 Jahre. Von denen, die vor 11 Jahren, also 1903, das Abitur gebaut und damit frühestens 1908 das Staatsexamen bestanden haben, sind gegen 80 heute noch als Lehramtspraktikanten tätig. Es sind aber auch Anwärter aus älteren Jahrgängen vorhanden. Nur etwa die Hälfte all dieser Praktikanten, die also bis Juli dieses Jahres 11 und mehr Jahre seit dem Abitur hinter sich haben, wird bis Spätjahr etatmäßig, die andere Hälfte erst 1915 und 1916. Die Praktikanten, welche vor 5 Jahren, 1909, ihr Staatsexamen durchkostet haben, werden in der Hauptsache erst nach 13 bis über 15 Jahren seit dem Abitur etatmäßig. 130 aus dem Jahrgang 1909 warten noch auf Anstellung. Also hier schon Verhältnisse weit schlechter als bei den Juristen, dabei sind die Jahrgänge 1910, 1911, 1912 und 1913 noch gar nicht in Betracht gezogen.

Der Minister gibt auch zu, daß die Dinge sich anders in Zukunft gestalten, und daß sich deshalb die Regierung entschlossen habe, nur soviel Praktikanten aufzunehmen, als dem Bedürfnis entspricht; das wären nach dem Budgetbericht in den Zeitungen 45 bis 50 jährlich. Dieser Entschluß des Ministeriums kommt reichlich zu spät und völlig unvermittelt; er tritt urplötzlich in Kraft für die Praktikanten, welche 1913 im Staatsexamen waren und zur Zeit ihr Probejahr ablegen. Mit dieser Radikalkur verbessern sich aber in keiner Weise die Anstellungsverhältnisse der Praktikanten, die in den Jahren 1909 bis mit 1912 ihre Staatsprüfung bestanden haben und deren Zahl weit über 500 beträgt. Tatsächlich sind heute mehr Anwärter auf etatmäßige Stellen da, als es überhaupt Professorenstellen im ganzen Lande gibt! Die Praktikanten aus dem Jahrgang 1912 werden daher erst nach dem Jahre 1930 etatmäßig angestellt werden, also erst etwa 25 Jahre nach dem Abitur, somit mit 45 und mehr Lebensjahren!

Jetzt endlich, nachdem eine noch nie dagewesene Ueberfüllung eingetreten und die Anstellungsverhältnisse einfach trostlos geworden sind, jetzt kommt man plötzlich und nimmt nur noch nach Bedarf in den Staat auf, und glaubt damit wirklich etwas zum Wohle der Praktikanten geleistet zu haben.

Wer trägt denn den größten Teil der Schuld für diese Ueberfüllung? Es ist dieselbe Behörde, die heute mit einem Federstrich hunderte von Existenzen schwer schädigt, wenn nicht ruiniert, während sie bislang ruhig mit verschränkten Armen die unglücklichen Verhältnisse, die gewaltige Ueberfüllung heranwachsen ließ.

Als vor Jahren dem juristischen Berufe Ueberfüllung drohte, schnell war die Behörde dabei und warnte vor dem Studium. Das war klug und heilsam. Die behördliche Verwarnung erreichte ihren Zweck, der Zudrang nahm sichtlich ab. Bei den Philologen hielt man dies aber keineswegs für nötig. Die Behörde wußte nämlich schon vor etwa 8 Jahren, daß der Zugang zu groß, daß er den Bedarf weit überschreiten wird, aber sie tat gar nichts hiergegen. Man muß sich wirklich fragen, ob gut gefüllte Hörsäle der Behörde wertvoller waren als die Zukunft der Philologiestudierenden. Bei den Studierenden bestand bis in die letzten Jahre hinein die Ansicht, daß das philologische Studium aussichtsreich sei. Man bedenke doch, daß im Frühjahr 1908 noch ein solcher Mangel an Praktikanten war, daß Kandidaten schon vor dem Staatsexamen angestellt wurden. Die Abiturienten, welche in dem gleichen Jahre, angesichts dieses offensichtlichen Mangels an Praktikanten mit großen Hoffnungen ihr philologisches Studium begonnen haben, sind die Praktikanten, welche 1913 ihr Examen bestanden und nunmehr wegen zu großer Ueberfüllung auf 2 Jahrzehnte hinaus zum großen Teil überhaupt nicht in den Staatsdienst aufgenommen werden. Das ist ein überaus harter Schlag. Der weitaus größte Teil dieser jungen Leute hätte sich einem anderen Studium zugewandt, wenn er solche Zustände auch nur geahnt hätte. Diese jungen Leute konnten nicht wissen, daß soviele Philologie Studierende ihnen zuvor sind, aber gewußt hatte es die Behörde und zwar schon vor 1908.

In dem reaktionär so sehr verschrienen Preußen hat die Regierung vor dem philologischen Studium in der Kammer vor aller Oeffentlichkeit gewarnt und zwar zu einer Zeit, als noch Mangel an Kandidaten war. Im liberalen Musterländle Baden tat man aber nichts. Jetzt natürlich, wo das Elend zum Himmel schreit, werden kurz entschlossen von den neuen Kandidaten zwei Drittel oder gar drei Viertel nach dem Probejahre aufs Pflaster geworfen. Eine solche Maßregel, der keinelei Warnung voraus ging, ist einfach grausam. Hätte die Behörde zeitig gewarnt, ja überhaupt gewarnt, dann könnte man nichts einwenden gegen diese Anordnung, da aber die Regierung die Studierenden in dem guten Glauben ließ, die Aussichten seien gut, so verdient eine solche tief einschneidende Maßregel die schwerste Mißbilligung Im Namen der Eltern, die ihre Söhne studieren ließen in der Erwartung, daß dieses Studium auch Früchte bringt für alle die vielen Opfer, muß man energisch protestieren gegen diese Art. Was sollen diese Kandidaten jetzt anfangen mit ihren neun Semester Universität? Sie haben nicht die Möglichkeiten in anderen Berufen unterzukommen wie die Juristen, die sich als Rechtsanwälte niederlassen, in städtische Dienste, in Versicherungen, Gesellschaften, Fabrikbetriebe usw., eintreten können. Es kann der Schulbehörde der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie hier mindestens nicht in dem Maße ihre Pflicht erfüllte, wie es notwendig gewesen wäre.

Die Lohnbewegung der christlichen Tabakarbeiter.

Man schreibt uns:

Auf die im Bad. Beobachter anfangs Februar vorgenommene Untersuchung über die Ursachen des ablehnenden Verhaltens des Zigarrenfabrikanten-Verbandes auf die Eingaben des christlichen Tabakarbeiterverbandes, kam die Mannheimer sozialdemokratische Volksstimme in ihrer Nr. 45 und 46 in zwei längeren Artikeln zurück. Sie sucht nachzuweisen, daß das Vorgehen des christlichen Tabakarbeiterverbandes den gewerkschaftlichen Regeln widersprach und deshalb ein verkehrtes und verfehltes war. Dagegen hätte der freie Tabakarbeiterverband einzig und allein richtig gehandelt, indem er ein gemeinschaftliches Vorgehen zur gegebenen Zeit abgelehnt habe. Da das Vorgehen des christlichen Verbandes erfolglos blieb, soll derselbe, um das Unzweckmäßige seines Vorgehens zu verschleiern, den freien Verband und die Sozialdemokratie als Blitzableiter benutzen. Nicht ein gemeinschaftliches Vorgehen will man abgelehnt haben, sondern nur die Form des Vorgehens. Das ist natürlich nur Wortklauberei, wie auch die diesbezüglichen Ausführungen in den gemeinschaftlichen Vorberatungen nichts anderes waren. Es sei nicht auf das Protokoll der betr. Sitzung, wo über die Frage der Taktik beraten wurde, hingewiesen. Es wurde diesbezüglich vereinbart, vollständiges Stillschweigen zu bewahren. Die Zitierung einer Stelle des Protokolls in dem Artikel: „Warum lehnte der Zigarrenfabrikantenverband die Forderungen des christlichen Tabakarbeiterverbands ab", war nicht der Inhalt der mündlichen Beratungen, sondern einer schriftlichen Erklärung, die im Auftrage des christlichen Tabakarbeiterverbandes abgegeben wurde.

Doch zurück zu dem ablehnenden Verhalten des freien Verbandes. Tatsache ist hierbei, daß man den Vorschlag des christlichen Tabakarbeiterverbandes, eine gemeinsame Bewegung dem Unternehmerverband gegenüber einzuleiten und durchzuführen, ablehnte. Zur Begründung wurden Fragen taktischer Natur angeführt. Der christliche Verband konnte diese nicht für stichhaltig anerkennen und sich infolgedessen auch nicht entschließen, von seinem einmal gefaßten und von den Mitgliedern für gut und notwendig befundenen Plane abzulassen.

Der Volksstimme-Artikler nennt dieses Eigensinnigkeit. Hätte man seine eigenen Pläne fallen lassen, und die des freien Verbandes akzeptiert, dann wäre es keine Eigensinnigkeit gewesen. Die Vorschläge von Seiten der Vertreter des freien Verbandes waren aber nicht positiver Natur, es waren nicht festumschriebene Pläne, sondern Vorschläge, nach welchen schon in den letzten Jahren ohne praktische Erfolge gearbeitet wurde. Nichts, aber auch gar nichts hätte das den Tabakarbeitern eingebracht.

Die Vorschläge des freien und Hirsch-Dunckerschen Tabakarbeiterverbandes bewegten sich in den Gedanken, zuerst die Organisationen zu stärken, die Tabakarbeiter zu organisieren und dann, wenn das Organisationsverhältnis ein gutes ist, mit Nachdruck Bewegungen durchzuführen. Wenn diese Vorschläge zu realisieren wären, müßte ihnen zugestimmt werden. **Aber daran fehlt es gerade. Schon seit Jahren versucht man die Tabakarbeitermassen zu organisieren, ungeheures wurde in der Agitation geleistet, mit Heroismus und die Gesundheit aufs Spiel setzend wurde gearbeitet. Und der Erfolg? Er ist sicher nicht der Arbeit und der Mühe wert. Wenn erst Schritte unternommen werden sollen, wenn das Organisationsverhältnis der süddeutschen Tabakarbeiter ein gutes ist, dann kann man noch recht lange warten. Wer es mit den Tabakarbeitern gut meint, kann nicht warten, bis sie in ihrer Mehrheit organisiert sind.** Der christliche Tabakarbeiterverband wußte, daß man bei Ablehnung nicht zum Streik greifen konnte. Er erklärte dieses auch. Bei seinem Vorgehen stützte er sich auf andere Mittel und diese waren, die überaus schlechte Lage der Tabakarbeiter, die Unterstützung der öffentlichen Meinung und die moralische Verantwortlichkeit der Unternehmer, die durch die Stimme der Oeffentlichkeit geweckt werden muß. Der freie Verband verspricht sich hierdurch kein Erfolg, sondern sieht sein Heil nur im Klassenkampf. In dem letzten Volksstimme-Artikel heißt es hierzu auch u. a.: „Wir wissen, daß es keine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit gibt, wir wissen, daß die Fabrikanten nicht durch Betonung der friedlichen Gesinnung, nicht durch Sympathien der Oeffentlichkeit zugunsten der Tabakarbeiter, noch durch moralischen Zwang sich herbeilassen werden, die Lage der Tabakarbeiter zu verbessern. Beruht doch ihr Wohlstand auf der Ausbeutung der Tabakarbeiter. Hier hilft nur eine starke Arbeiterorganisation, die nach gewerkschaftlichen Grundsätzen handelt, d. h. wie es an anderer Stelle heißt, es ist eine gewerkschaftliche Organisation auf dem Boden des Klassenkampfes nowendig.

Dieser Ansicht konnte und kann sich der christliche Tabakarbeiterverband nicht anschließen, obwohl man heute der Meinung sich nicht verschließen kann, daß die Unternehmer nur durch Kampf zum Nachgeben gezwungen sein wollen. Diese Haltung liegt aber nicht im Interesse einer gesunden Weiterentwickelung der Industrie, sondern fördert nur die klassenkämpferischen sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Trotzalledem war die Taktik des christlichen Tabakarbeiterverbandes die einzig richtige. Die schlechte Lage der Tabakarbeiter erfordert gebieterisch Verbesserungen. An diesen Verbesserungen erst arbeiten zu wollen, wenn das Organisationsverhältnis der Tabakarbeiter ein gutes ist, hieße noch jahrelang warten wollen. Das wäre aber ein Verbrechen an den Tabakarbeitern. Hier mußte etwas geschehen. Der christliche Tabakarbeiterverband erkannte hier seine Pflicht. Er rollte in der breitesten Oeffentlichkeit die traurige Lage der Tabakarbeiter auf und seine diesbezüglichen Veröffentlichungen in der Broschüre: „Die wirtschaftliche Lage der Zigarrenarbeiter" haben die Anerkennung aller Sozialgesinnten gefunden. Wenn direkte Erfolge bis jetzt auch nicht erzielt wurden, sicher ist aber durch das Vorgehen des christlichen Verbandes der Weg geebnet worden zu positiven Erfolgen. Die Zigarrenindustriellen können auf die Dauer dem Verlangen der Tabakarbeiter, die durchweg heute die Sympathien der Oeffentlichkeit haben, sich nicht widersetzen. Uns dünkt, daß durchgreifende Lohnerhöhungen nicht mehr so lange auf sich warten lassen und daß eine Reihe von Firmen angefangen haben, sich darnach einzurichten.

Es liegt nur noch an den Tabakarbeitern selbst. Mögen alle, die hierzu berufen sind, den Tabakarbeitern den richtigen Weg zeigen. Und dieser Weg führt zum christlichen Tabakarbeiterverband, der in letzter Zeit sich ernstlich bemüht hat, die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter einer Besserung entgegenzuführen.

Auf die weiteren Angriffe und Unterstellungen sei hier nicht eingegangen. Nur die sachlichen Momente sollten hier festgestellt werden, alles weitere sei anderen Stellen überlassen.

Gerichtssaal.

Straßburg, 16. Febr. Die Strafkammer des Landgerichts sprach heute den Redakteur Mink vom Journal D'Alsace-Lorraine von der Anklage der Beleidigung der preußischen Militärverwaltung frei. Das Gericht konnte nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß Mink der Verfasser des in Betracht kommenden beleidigenden Artikels gewesen sei. Der seinerzeit mitangeklagte verantwortliche Redakteur Jung war zu drei Wochen Haft verurteilt worden.

Kiel, 15. Febr. In der Berufungsverhandlung vor dem Marineoberkriegsgericht wurden die kürzlich von dem Marinekriegsgericht über vier Matrosenartilleristen wegen Aufruhrs im Forts „Stosch" an der Kieler Föhrde verhängten schweren Zuchthausstrafen in Gefängnisstrafen von je 1 Jahr umgewandelt. Das Kriegsgericht hat nur Ungehorsam gegen dienstliche Befehle vor versammelter Mannschaft angenommen.

„Rutschen Sie mir den Buckel herunter!"

Berlin. Die Frage, ob die freundliche Aufforderung: „Rutschen Sie mir den Buckel runter!" eine Beleidigung darstellt, bildete den Gegenstand längerer Erörterungen in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Wegen Beleidigung war, der Frankf. Ztg. zufolge, die Gattin eines in Schöneberg wohnhaften Kaufmanns angeklagt. Der Ehemann der Angeklagten hatte gegen eine Frau eine Beleidigungsklage angestrengt und hatte in dem vorausgehenden Sühneverfahren den zuständigen Schiedsmann, den Fabrikbesitzer Schrader, gebeten, den Sühneversuch auf einen bestimmten Tag und auf eine bestimmte Stunde zu verlegen. Als der Kläger trotzdem nicht erschien, rief der Schiedsmann telephonisch in seiner Wohnung an. Und als er der allein anwesenden Ehefrau den Sachverhalt mitteilte, wurde mit den Worten: „Ach, rutschen Sie mir den Buckel runter!" der Hörer angehängt. Der Zeuge erblickte in dieser freundlichen Aufforderung eine Beleidigung und stellte Strafantrag. Die Amtsanwaltschaft erhob wegen vorliegenden öffentlichen Interesses Anklage. Vor Gericht behauptete die Angeklagte, daß sie kurz vorher mit ihrem Dienstmädchen „Krach" gehabt habe und daß sich jene Worte auf das Dienstmädchen bezogen hätten. Ihr Verteidiger machte geltend, daß die Worte: „Rutschen Sie mir den Buckel runter" nicht, wie früher, etwa den Sinn der bekannten Aufforderung des Götz von Berlichingen hätten, sondern von vielen Leuten im Scherz, wie in der Erregung anstelle der Worte: „Lassen Sie mich zufrieden" gebraucht würden. Das Gericht hielt der Angeklagten ihre damalige Erregung und eine bei ihr vorhandene Nervosität zugute und erkannte nur auf 30 Mark Geldstrafe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Luftschiffahrt.

:: **Baden-Oos**, 17. Februar. Die Friedrichshafener Luftschifferkompanie kommt am 21. Februar zur Bedienung des „Z. 1" nach Baden-Oos. Der Aufenthalt der Luftschifferkompanie wird sich auf längere Zeit erstrecken.

Berlin, 16. Febr. Um die letzten Probefahrten des für die Militärverwaltung bestimmten „Z. 7" persönlich zu leiten, traf gestern Nachmittag Graf Zeppelin in Potsdam ein. Gegen halb 4 Uhr bestieg er die Führergondel. „Z. 7" erreichte in 17 Minuten Berlin. Hier ließ der Graf das Luftschiff große Schleifer beschreiben, die in einer Höhe von 12—1500 Metern zurückgelegt wurden. Auf der Rückfahrt nach Potsdam wurde der Wannsee in einer Höhe von 2000 Metern überflogen.

Johannistal, 17. Febr. Heute morgen 7 Uhr 30 Min. startete in Johannistal der Flieger Basser auf einer Rumplertaube um den Stundenpreis der National-Flugspende. Er hat etwa 450 Liter Benzin an Bord. Basser beabsichtigt, etwa 10—12 Stunden zu fliegen. Er hat den Flugplatz in der Richtung auf Frankfurt a. M. verlassen.

Newyork, 17. Febr. In Pensacola (Florida) stürzte Leutnant Murray vom Fliegerkorps der Marine mit seinem Aeroplan aus einer Höhe von 800 Fuß ab und ertrank in der Bucht.

Ein neuer Freiballon-Weltrekord.

Berlin, 16. Febr. Beim Fahrtausschuß des Berliner Vereins für Luftschiffahrt ist ein Telegramm eingetroffen aus Kirgischan, aus dem hervorgeht, daß dort der Ballon S. F. gelandet ist, mit Herrn Dr. Berliner als Führer. Der Ballon hat in 40 Stunden 3000 Kilometer zurückgelegt und der Führer hat damit den Weltrekord, der auch vorher in deutschen Händen lag, geschlagen.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen.

(Gehaltsklassen H bis K.)

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.

Ernannt: Kanzleigehilfe Heinrich Rohleder beim Landgericht Heidelberg zum Bureaugehilfen; Aufseher Heinrich Dittes beim Amtsgefängnis Heidelberg zum Oberaufseher. — **Etatmäßig angestellt:** Aufseher Eduard Leibold beim Männerzuchthaus Bruchsal.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Innern.

Zugeteilt: die Revisionsassistenten: Alfred Bueb, bisher bei der Oberevision des Ministeriums des Innern, dem Bezirksamt Staufen, Adolf Volk in Breisach dem Bezirksamt Emmendingen. — **Ernannt:** der charakt. Gendarmerie-Oberwachtmeister Max Bader zum charakt. Polizei-Oberwachtmeister in Mannheim; Militäranwärter Jakob Friedrich Braun zum Kanzleiassistenten bei der Landesversicherungsanstalt Baden. — **Versetzt:** Schutzmann Heinrich Zirkel in Heidelberg nach Freiburg (statt Baden). — **Entlassen:** die Schutzleute Konstantin Grimm und Franz Ruchti in Pforzheim sowie Heinrich Lang in Mannheim.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Finanzen.

Zoll- und Steuerdirektion.

Ernannt: der Kanzleigehilfe Richard Häfner in Ueberlingen zum Kanzleiassistenten; der Grenzaufseher Andreas Klaiber in Mannheim zum Zollaufseher. — **Versetzt:** der Finanzassistent Xaver Hiesel in Säckingen nach Emmendingen; der Steueraufseher Ludw. Müssig in Ueberlingen nach St. Märgen; die Grenzaufseher: Norbert Ehinger in Albbruck nach Basel und mit Versehung der Amtsdienerstelle beim Hauptzollamt betraut, Franz Schmitt in Weil-Friedlingen nach Mannheim und mit Versehung einer Schreibbeamtenstelle betraut, Wilhelm Dörr in Ebringen nach Kadelburg. — **Uebertragen:** dem Untererheber Franz Lorenz in Unterharmersbach die Steuereinnehmerei Leutershausen. — **Enthoben:** der Steuererheber Karl Haußecker in Ruchsen und der Grenzaufseher Eugen Wunderlin in Neuhaus auf Ansuchen. — **Zuruhegesetzt:** der Grenzaufseher Valentin Pfaff in Basel auf Ansuchen wegen leidender Gesundheit.

Staatseisenbahnverwaltung.

Etatmäßig angestellt: Bahnmeister Gustav Duffner in Löffingen; Lokomotivheizer Fridolin Herr in Mannheim. — **Versetzt:** Bauassistent Gg. Hettinger in Pforzheim nach Karlsruhe; Eisenbahnassistent Wilhelm Hertel in Karlsruhe nach Durmersheim; die Bureaugehilfen: Karl Hillenbrand in Eubigheim nach Hemsbach (M. N. B.), Heinrich Schütz in Grötzingen nach Waghäusel, August Neuner in Breisach nach Schaffhausen, Joseph Fallert in Niederschopfheim nach Schiltach, Max Schreckenberger in Karlsruhe nach Karlsdorf; Reserveführer Heinrich Imhoff in Mannheim nach Bruchsal; Lokomotivheizer Friedrich Soll in Konstanz nach Pforzheim statt nach Mannheim; Amtsdiener Joseph Haas in Offenburg nach Villingen. — **Zuruhegesetzt:** wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste: Lokomotivführer Joseph Bickel in Lauda; wegen leidender Gesundheit unter Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienste: die Lokomotivführer: Johann Lüthe in Basel, Karl Knauer in Karlsruhe; bis zur Herstellung ihrer Gesundheit: Lokomotivführer Joseph Pfetzer in Lahr-Stadt, Schaffner Theodor Birsner in Basel. — **Gestorben:** Reserveführer Philipp Vogt in Wertheim.

*

Personalnachrichten aus dem Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe (Baden).

Angenommen zu Postgehilfen: Kurt Einwächter, Eduard Stein in Karlsruhe; zum Telegraphengehilfen: Fritz Straßner in Karlsruhe; zur Postgehilfin: Ida Hettenbach in Karlsruhe.

Versetzt die Postassistenten: Friedrich Banschbach von Neckarbischofsheim nach Mannheim, Rudolf Blickensdörfer von Heidelberg nach Mannheim, Friedrich Bopst von Mannheim nach Karlsruhe, Artur Eisinger von Bretten nach Heidelberg, Adolf Fischer von Bauschlott nach Mannheim, Georg Fontius von Schönau (Amt Heidelberg) nach Mannheim, Alois Kirschner von Bühl nach Karlsruhe, Hugo Leser von Mannheim nach Pforzheim, Joseph Roos von Appenweier nach Pforzheim, Mathias Schäffner von Waldhausen nach Karlsruhe, Karl Thoma von Schwetzingen nach Mannheim.

Es treten in den Ruhestand die Obertelegraphenassistenten: August Stör in Karlsruhe, Paul Eckhart in Mannheim; der Postassistent: Emil Längle in Karlsruhe.

Vermischtes.

Brüssel, 17. Febr. Der König der Belgier ist heute vormittag bei einem Spazierritt im Walde von Soigne bei Brüssel vom Pferde gestürzt und hat den linken Arm gebrochen. Der Unfall, der den König traf, ereignete sich durch das Aufbäumen seines Pferdes, das über einen Stein stolperte und zu Fall kam. Der König, der von seinem Adjutanten begleitet war, kam unter das Pferd zu liegen und hat außer einem Bruch des Oberarmes noch Hautabschürfungen davongetragen. Sein Zustand ist nicht ernst. Der König ist frei von Fieber.

Christiania, 17. Febr. Der norwegische Polarforscher und Komponist Leden, der auf einer mit deutschen und norwegischen Mitteln ausgerüsteten Expedition nach Nordkanada unterwegs war, um die Musik- und andere Probleme der Eskimos zu studieren, hat in der Hudsonbai Schiffbruch erlitten.

Newyork, 17. Febr. Der Dampfer „Roma", der bei der Insel Komansland aufgelaufen war, ist wieder flott geworden.

Newyork, 17. Febr. Die Winterstürme, die vorige Woche begonnen haben, dauern an und verursachen auf allen Bahnen große Verkehrsstörungen. Die Postzüge von Chicago kommen mit 10stündiger Verspätung an. Bei den Untergrundbahnen und anderen Verkehrssystemen staut sich der Verkehr an. Der Feuerwehrkommissar teilt mit, daß die Feuerwehrstationen so gut wie eingeschneit seien und fordert die Bürgerschaft auf, besondere Vorkehrungen gegen den Ausbruch von Feuer zu treffen.

Eine Denkschrift gegen das Salvarsan.

Berlin, 17. Febr. Im Reichsgesundheitsamt beschäftigt man sich gegenwärtig mit Angriffen, die neuerdings gegen das Salvarsan erhoben werden. Der Berliner Polizeiarzt Dr. Dreuer hat dem Reichsgesundheitsamt nach einer Konferenz, die er im Januar mit dem Präsidenten dieser Behörde hatte, eine Denkschrift überreicht, worin er ausführt, daß die Frage des Salvarsan, infolge seiner großen Verbreitung keine bloß medizinische mehr, sondern eine öffentlich-soziale und staatliche geworden sei und deshalb in größter Oeffentlichkeit behandelt werden müsse. Die Denkschrift gipfelt in der Forderung, daß angesichts der schweren Gefahr für Leben und Gesundheit im öffentlichen Interesse von Reichswegen ein Verbot von Ehrlich-Hata 606 erwirkt oder verordnet werde, daß nur die Anwendung in einer Dosis, die die staatliche Arsenmaximaldosis nicht überschreitet, erlaubt sei. Begründet wird dieses Vorgehen mit der Behauptung, daß die medizinische Fachliteratur bis jetzt schon 275 Todesfälle nach Verabfolgung von Salvarsan und eine große Anzahl von Erblindungen, Lähmungen und Gehörverlusten bekannt gegeben habe.

Die neue Wünschelrute.

Eine bemerkenswerte Bekanntmachung veröffentlicht der Landrat des Kreises Isenhagen: Die oberflächliche Durchsicht der Wehrsteuererklärungen hat ergeben, daß in diesem Jahre annähernd das Doppelte des bisher überhaupt besteuerten Kapitalvermögens deklariert worden ist. Ueber drei Millionen Mark waren bisher im Kreise Isenhagen der Besteuerung entgangen. Es besteht der dringende Verdacht, daß noch erheblich mehr Kapitalvermögen vorhanden ist. Indem ich nochmals ganz besonders auf die Bestimmungen des sogen. Generalpardons hinweise, mache ich bekannt, daß auch noch nach Abgabe der Wehrsteuererklärungen, bis zur Beendigung der diesjährigen Veranlagung, berichtigende Angaben hinsichtlich der Höhe des vorhandenen Vermögens entgegengenommen und Strafe und Nachsteuer nicht festgesetzt werden. Später bekannt werdende Steuerhinterziehungen fallen aber unter die erheblich verschärften Strafbestimmungen und werden unnachsichtig verfolgt werden.

Ein Opfer der Beamtenbestechungen in Neuyork.

Neuyork, 16. Febr. Die Bestechungsaffäre in den hohen Beamtenposten des Staats Neuyork hat bereits zu einer Tragödie geführt, indem einer der ersten Beamten des Staats Selbstmord verübte. Es ist der Justizminister John Mennedy, der sich gestern in seiner Villa in Buffalo das Leben nahm. Bereits seit einiger Zeit ruhte auf ihm schwerer Verdacht der Bestechlichkeit. Schon wiederholt war er von dem Generalstaatsanwalt Whitman aufgefordert worden, als Zeuge bei verschiedenen Bestechungsprozessen zu erscheinen. Jedoch hatte er sich aus begreiflichen Gründen stets geweigert. Als er schließlich hörte, daß das Gericht sich mit dem Plane trug, einen Haftbefehl gegen ihn zu erlassen, hielt er es für geraten, seinem Leben ein Ende zu machen.

Fleischversorgung in Buenos Aires.

Eine neue Schlachthofanlage in Buenos Aires soll mit einem Kostenaufwande von über sieben Millionen Mark errichtet werden, wie in Heft 8 der Mitteilungen des Deutsch-Argentinischen Zentralverbandes berichtet wird. Die gegenwärtig vorhandenen Anlagen genügen den Bedürfnissen der sich ungemein rasch entwickelnden Millionenstadt nicht mehr und deshalb beabsichtigt man, die gesamte Fleischversorgung in einer Weise zu organisieren, die der zukünftigen Entwicklung auf lange Zeit hinaus Rechnung trägt. Angrenzend an den neuen Schlachthof ist die Errichtung eines allgemeinen Zentralviehmarktes geplant, dessen Anlagen für einen voraussichtlichen täglichen Umsatz von 20 000 Rindern, 40 000 Schafen, 9000 Schweinen und 1000 Pferden genügen sollen. In das gleiche Gebiet fällt auch die geplante Errichtung einer neuen Fleischgefrieranstalt in der Provinz Corrientes zur Verwertung der bedeutenden Viehzucht jener Gegend für die Versorgung der Hauptstadt und für die Ausfuhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie vom 17. Febr. 1914.

Die über Nordeuropa lagernde Depression hat sich seit gestern unter Verdrängung des hohen Druckes nach dem Südosten, wieder weit nach Süden hin ausgebreitet, weshalb in ganz Deutschland Regenwetter eingetreten ist. Die Temperaturen sind im Norden des Reiches gesunken, im Süden war es am Morgen noch sehr mild. Ein zweites Hochdruckgebiet ist über dem Kanal erschienen. Eine wesentlich günstigere Gestaltung der Luftdruckverteilung ist vorerst nicht zu erwarten; es steht deshalb meist trübes und kühleres Wetter mit weiteren Niederschlägen in Aussicht.

Wasserstand des Rheins am 17. Febr. früh:

Schusterinsel 128, gestiegen 20. Kehl 215, gefallen 14. Maxau 373, gestiegen 9. Mannheim 312, gestiegen 27.

Caaes-Kalender.

Mittwoch, 18. Februar.

Kath. Jugendverein Beiertheim. 8 Uhr Versammlung mit Vortrag im Schwesternhaus.

Kath. Jugendverein der Weststadt. ½9 Uhr Turnen.

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 14. Febr. **Viehmarkt.** Zufuhr 1466 St. Ochsen 23 St., Bullen 33 St., Kühe 54 St. und Färsen 53 St., gering genährtes Jungvieh (Fresser) — St., Kälber 268 St., Stallmastschafe — St., Weidemastschafe — St., Schweine 1035 St. Es wurde bezahlt für 50 Kilo Schlachtgewicht: Rinder, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 96—100 Mark, vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 00—00 Mark, junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 94—96 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 88—90 M., Bullen, vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 88—90 M., vollfleischige jüngere 84—86 Mk., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 80—82 M., Kühe, vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 96—100 M., vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 83—86 M., wenig gut entwickelte jüngere Färsen 90—96 M., mäßig genährte Kühe 80—84 M., gering genährte Kühe 68—70 M., Kälber, mittlere Mast- und beste Saugkälber 107—110 M., geringere Mast- und gute Saugkälber 103—107 M., geringere Saugkälber 97—103 M., Weidemastschafe, Mastlämmer 00—00 M., geringere Lämmer und Schafe 00—00 M., Schweine, vollfleischige Schweine von 80—100 Kilo (160—200 Pfd.) Lebendgewicht 68—70 M., vollfleischige Schweine unter 80 Kilo (160 Pfd.) Lebendgewicht 67.— Mk. Tendenz des Marktes: langsam.

— **Karlsruhe.** (Schlachthof.) In der Woche vom 9. Febr. bis 14. Febr. wurden im hies. Schlachthof geschlachtet: 1356 Stück Vieh und zwar: 179 Stück Großvieh (32 Ochsen, 48 Rinder, 65 Kühe, 34 Farren), 326 Kälber, 787 Schweine, 44 Hammel, 2 Ziegen, 5 Kitzlein, 0 Fertel, 13 Pferde.

Mannheimer Börse vom 17. Februar. Bei etwas festerer Tendenz notierten heute: Badische Assekuranz-Aktien 1980 G., Pfälz. Nähmaschinen- und Fahrräderfabrik-Aktien 167 bez. u. G., Rhein. Schuckert-Aktien 140.50 G. und Zellstoffabrik Waldhof-Aktien 227.50 G.

Mannheimer Produktenbörse vom 16. Februar.

Die Notierungen sind in Reichsmark gegen Barzahlung per 100 kg bahnfrei hier.

Weizen, Pfälzer, neu 19.75 bis 20.50, norddeutscher —.— —.—. —, russ. Azima 22.70 bis 23.70, Ulka 22.50 bis 23.25. **Krim** Azima —.— bis —.—, Taganrog —.— bis —.—. Saxonska 22.25 bis 22.65, rumänischer 22.25 bis 23.—, Kansas II Golf 22.85 bis —.—, Kansas II Chic. 23.30 bis —.—, red. Winter II —.— bis —.—, West. Winter II —.— bis —.—. Manitoba I 23.55 bis —.—, Manitoba II —.— bis —.—, Wall. Wall. —.— bis —.—, Australier —.— bis —.—, La Plata neu 22.50 bis —.—, **Kernen** —.— bis —.—. **Roggen**, Pfälzer neu 16.25 bis 16.50, russischer —.— bis —.—, norddeutscher —.— bis —.—. **Gerste**, hiesige 16.40 bis 18.25, Pfälzer 17.50 bis 18.50. Russ. Futtergerste 13.20 bis —.—. **Hafer**, badischer 16.50 bis 18.25, norddeutscher —.— bis —.—, russischer 17.50 bis 18.60. La Plata neu 16.75 bis 17.—, Amerikan Clipped —.— bis —.—. **Mais** Donau, —.— bis —.—, La Plata, gelb (Abl. a. Argentinien) 14.90 bis —.—. **Kohlreps.** norddeutscher —.— bis —.—. **Wicken** Königsberger 16.50 bis 18.50. **Kleesamen**, Luzerne ital. —.— bis —.—, Provenc. 130.— bis 140.— Kleesamen, inländischer —.— bis —.—, Esparsette 29.— bis 31.—, Franz. Rotklee 130.— bis 140.—, Italiener Rotklee —.— bis —.—. **Weizenmehl** Nr. 00 33.—, Nr. 0 32.—, Nr. 1 30.—, Nr. 2 28.50, Nr. 3 27.—, Nr. 4 23.—. **Roggenmehl** Nr. 0 25.50, Nr. 1 23.—. **Tendenz:** Weizen behauptet. Gerste preishaltend. Uebrigens unverändert.

Straßburg, 16. Febr. Auf heutigem Schlachtviehmarkt verkauft: 55 Ochsen 160—186. 440 Kühe 134—180, 18 Stiere 160—164, 148 lebende Schweine 132—136, 00 lebende Hämmel 000—000. 29 lebende Kälber 200—212, ferner 00 Ochsenviertel 000, 16 Kuhviertel 103—140, 0 Stierviertel 000, 2 geschlachtete Schweine 124—000, 0 geschl. Hämmel 00—000, 1 geschl. Kälber 156—000 M. Alles für 100 Kg.

Für den Wahlfond

(Reichstags-Nachwahl Offenburg) gingen bei uns ein: Bisher 377.54 Mk., O. W. 1 Mk. Zus. 378.54 Mk.

Wir bitten dringend um gütige weitere Spenden. Von auswärts mittels Zahlkarte, Postscheck Karlsruhe 4844.

Geschäftsstelle des „Badischen Beobachters"

Für die in Not geratene Familie A. Huck in Weitenung

gingen im ganzen bei uns ein: **217.29 Mk.**

Wir schließen hiermit die Sammlung und sagen allen Spendern im Namen der Witwe ein herzliches Vergelts Gott.

Gebrüder
Scharff
Kolonialwaren und Weine en gros.
(Telephon 741, von 8—12 und 2—7 Uhr.)
Detaill-Verkaufsstellen: **Karlsruhe: Amalienstraße 27, Bernhardstraße 8, Wilhelmstraße 30, Rheinstraße 34 a.**
Knielingen. Teutschneureut. Hagsfeld Eggenstein. Blankenloch.
Vom 17. bis 24. Februar:
Ermässigte Mehlpreise
Qual. I per Pfund **17** Pfg.
Qual. 0 per Pfund **18** Pfg.
Qual. 00 per Pfund **19** Pfg.
Unser Mehl stammt aus einer der renommiertesten Mühlen der Rheinpfalz und ist an Qualität und Ausgiebigkeit nicht zu übertreffen.
Pflanzenfett
Ia. Qual., gelb, lose per Pfund . . . **60 ₰**
Ia. Qual., weiss in Tafeln per Pfund . . . **68 ₰**
Backöl
(sogen. Butteröl). Bestes Fabrikat, in der Pfanne nicht spritzend per Liter . . . **88 ₰**
Feinste Süssrahm-
Margarine
Qual. I per Pfd. **90 ₰**
Qual. II per Pfd. **80 ₰**
Qual. III per Pfd. **68 ₰**
Zu Qual. I u. II Gutscheine.
Mischobst
vorteilhaft gemischt, per Pfd. **32** und **40 ₰**

Jüngere Beamte und Privatangestellte
erhalten von Selbstgeber zu Bankzinsen Darlehen in kleineren Beträgen gegen monatl. Ratenrückzahlung. Keinerlei Nebenspesen. Strengste Diskretion verbürgt. Anfragen mit Rückporto unter Nr. 5 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbet.

Solide
Ladeneinrichtung
(2 Glasschränke, div. große Spiegel, Regale, Tische, Stühle, Kartons 2c.) alles gut erhalten, zusammen oder einzeln sehr billig zu verkaufen. Näheres Herrenstraße 22, Laden rechts.

Städt. Vierordtbad
Eingang Ettlingerstrasse bei der Schwimmhalle.
Heissluft- und Dampfbäder
(irische, römische u. russische Dampfbäder).
Elektrische Lichtbäder.
Damenbadezeit: „Montag und Mittwoch vormittags von ½8 bis 1 Uhr und Freitag nachm. von 2—8 Uhr.
Herrenbadezeit: „Alle übrige Zeit und Sonntags vormittags 8—12 Uhr".
Auch über Mittag geöffnet.

Stühle werden dauerhaft geflochten, repariert und aufpoliert.
Stuhlflechterei **Fried. Ernst**, Adlerstraße 3.

Städtische Festhalle Karlsruhe.
Fastnacht-Dienstag, den 24. Februar 1914, in den glänzend beleuchteten Sälen der Festhalle
Grosser Kostüm-Bürgerball.
Konzert- und Ballmusik: Die Leibgrenadier-Kapelle, Leitung Musikmeister Walter Bernhagen. Von 12 Uhr an in der „Münchener Bierstube" Unterhaltungsmusik (Tiroler Bauernkapelle). Anfang 7 Uhr. — Ende 4 Uhr. — Saalöffnung 6½ Uhr.

Für Kirchenchöre!
Leichte besonders beliebte und praktisch erprobte
Katholische Kirchenlieder
nebst Responsorien
zum Gebrauch beim Gottesdienste für gemischten Chor, bezw. 3- und 2-stimmigen Kinder- oder Frauenchor
zusamengestellt, bezw. arrangiert und komponiert von Theodor Ziegler, Chordirektor in Karlsruhe
II. Auflage.
Bezugspreise: 1—10 Stück je 60 Pfg., 11—50 Stück, je 55 Pfg. 51—100 Stück je 50 Pfg.
Zu beziehen durch
„Badenia", Aktiengesellschaft für Verlag u. Druckerei, Karlsruhe, Adlerstraße 42.
Fernsprecher 535, Postscheck: Karlsruhe, 4844.

Sanatorium Marxzell im Albtal
Station der Elektr. Bahn Karlsruhe—Herrenalb.
Gründliche naturgemässe Behandlung aller Krankheiten, speziell Asthma-, Nerven-, Herz-, Magen- und Darmleiden mit guten Erfolgen. Prospekte sowie leichtverständliche Aufklärung des Verfahrens auf Wunsch.
Wirtschaftl. Leiter: Paul Friebel. Aerztlicher Leiter: Dr. Genter.

Schlacken
können unentgeltlich abgeführt werden
„Badenia"
Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei
Adlerstraße 42.